

NACHRICHTEN

HISTORISCHE KOMMISSION FÜR NIEDERSACHSEN UND BREMEN

Jahrestagung vom 12. bis 13. Juni 2025 in Hannover

I. Bericht über die Jahrestagung

Den 80. Jahrestag der Befreiung von der Nationalsozialistischen Herrschaft im Jahr 1945 nahm die Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen zum Anlass, um im Rahmen ihrer Jahrestagung gemeinsam mit der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten (SNG), dem Institut für Didaktik der Demokratie (IDD) der Leibniz Universität Hannover und dem ZeitZentrum Zivilcourage der Landeshauptstadt Hannover über den Stand der Aufarbeitung des Nationalsozialismus in Nordwestdeutschland sowie die dazugehörige Erinnerungsarbeit und -kultur zu diskutieren. Rund 120 Personen trafen sich dazu am 12. und 13. Juni 2025 in Hannover, wo die Tagung in den Räumen der Volkshochschule sowie im Calder-Saal des Sprengel-Museums stattfand.

Die Tagung wurde durch ein Grußwort des Niedersächsischen Ministerpräsidenten OLAF LIES eröffnet. Er betonte die Relevanz der Arbeit der Historischen Kommission, der Gedenkstätten, historischen Archive und der Historikerinnen und Historiker für eine lernende Demokratie, die sich in ihrer Erinnerungskultur und -praxis zunehmend hinterfragen müsse. In Anbetracht aktueller Entwicklungen mahnte er, die Sicherheit der Demokratie nicht als selbstverständlich zu betrachten und plädierte für ein sensibles und reflektiertes Handeln. Lies hob hervor, dass der Aufarbeitungsprozess – auch noch nach 80 Jahren – elementar für das Verständnis der Geschichte und die Bewahrung der von verschiedenen Seiten bedrängten Demokratie sei.

Auch HENNING STEINFÜHRER (Braunschweig) begrüßte als Vorsitzender der Historischen Kommission die Teilnehmenden und stellte das Programm der nächsten beiden Tage vor. Für die Tagung warf er die These auf, dass 1945 nicht als »Stunde Null« verstanden werden dürfe. Vielmehr müsste beachtet werden, dass »1945« als Kontinuität, Neuanfang und Aufbruch, aber auch als Katastrophe wahrgenommen wurde und wird. Der Facettenreichtum dieses Themas spiegle sich auch im anspruchsvollen Programm wider, das sowohl den aktuellen Stand der Forschung beleuchten als auch Perspektiven und Möglichkeiten für weitere Ansätze und zukünftige Projekte eröffnen solle.

JENS BINNER (Hannover) eröffnete die Jahrestagung mit einem Vortrag über die letzten Wochen des Zweiten Weltkrieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit als eine Kriegsendphase der hohen Dynamik und Ungleichzeitigkeit von Befreiung und Gewalterfahrungen der Opfer durch das Nationalsozialistische Regime, seiner Militärs und Bevölkerung. Durch die Analyse der Gewalttaten und -erfahrungen dieser Zeit könne ein Blick auf die Strukturen und persönlichen Motive individueller Stützen des Regimes geworfen werden. Beispielhaft seien die Todesmärsche genannt, die den Holocaust vollständig ins Bewusstsein der Bevölkerung brachten. Im Verlauf dieser Todesmärsche kam es nicht nur zu Gewalttaten an KZ-Häftlingen, Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern und Gefängnisinsassen durch Angehörige der Wehrmacht, der SS und der HJ, sondern auch durch eine von rassistischer Ideologie und rassistisch hierarchisierter NS-Gesellschaft enthemmte und ideologisierte Zivilbevölkerung.

Zu Beginn der ersten Sektion, die unter dem Thema »Kontinuitäten und Brüche nach 1945« stand, beleuchtete CHRISTIAN HELLWIG (Hannover) den oft nahtlosen Übergang faschistischer und undemokratischer Juristinnen und Juristen in zentrale Positionen des niedersächsischen Justizwesens sowie ihre Perspektive auf die NS-Vergangenheit und die von ihnen geprägten Ent- und Belastungsdiskurse am Beispiel Hodo von Hodenbergs. Als überzeugter Welfe, der nicht Mitglied der NSDAP oder anderer Parteiorganisationen war und daher als »unbelastet« eingestuft worden war, wurde er von den britischen Besatzungsbehörden nach Kriegsende als Präsident des Oberlandesgerichts Celle eingesetzt. In dieser Position habe sich von Hodenberg nach anfänglicher vertrauensvoller Arbeit mit den Briten im Weiteren als hartnäckiger Gegner der britischen Entnazifizierungspolitik hervorgetan. Er entwickelte eine Perspektive individueller Belastung juristischen Personals, nach der dieses als unbelastet zu gelten habe, wenn es zwar in seiner Arbeit vom NS-System beeinflusst worden, aber kein aktiver Teil davon gewesen sei oder davon profitiert habe. Für Hellwig war dies nicht nur ein allgemeiner Debattenbeitrag von Hodenbergs, sondern auch ein Selbstbezug auf die eigene Biographie. Damit, so Hellwig, leistete er einen Beitrag zur Integration der Täter in eine Demokratie, die Opfer oftmals marginalisiert habe.

Im nachfolgenden Beitrag zur Struktur und Praxis der »Wiedergutmachung« von NS-Unrecht in Niedersachsen schilderte FLORIAN GRUMBLIES (Hannover) die rechtliche Rahmenbildung von Rückerstattungsverfahren in der britischen Zone und später in der Bundesrepublik. Anhand von zwei Beispielen zeigte er den Ablauf von Verfahren zwischen jüdischen Antragstellerern und staatlichen sowie privaten Wiedergut-

machungspflichtigen – also Profiteurinnen und Profiteuren der Arisierungen und der rassistischen Enteignungen im nationalsozialistischen Deutschland – auf. Für Grumbries war das Rückerstattungsverfahren durchaus erfolgreich bei der Wiederherstellung von rechtlichem Ausgleich. Das Grundprinzip der Rückerstattung sei auf den ersten Blick relativ simpel gewesen und die Massenverfahren hätten tatsächlich bereits nach wenigen Jahren abgewickelt werden können. Allerdings hätten sie oftmals ihr Ziel verfehlt, die ursprünglichen Besitzverhältnisse wiederherzustellen. Verfahren, die mit einem Vergleich endeten, wenn die Geschädigten die Belastung durch die oft langjährigen Verfahren nicht mehr tragen konnten, oder rechtliche Lücken in den Rückerstattungsregelungen, die den Wiedergutmachungspflichtigen Möglichkeiten für Einsprüche boten, schmälerten die Erfolgsaussichten.

Den Abschluss der ersten Sektion bildete der Vortrag von MARTINA STAATS (Wolfenbüttel), die die vielschichtige Thematik der NS-Justizopfer und den langwierigen Weg zur Rehabilitierung, Entschädigung und gesellschaftlichen Anerkennung aus der Perspektive der Betroffenen und ihrer Angehörigen in den Fokus rückte. Sie stützte sich dabei auf Forschungsergebnisse der Gedenkstätte in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel sowie auf zwei Projekte mit den Titeln »Ewige Zuchthäusler?!« und »2x(Un)Recht?«. Nach der anfänglichen Darstellung der Bedeutung und Funktion des Strafvollzugs im Nationalsozialismus widmete sie sich der komplexen Geschichte der Rehabilitierung von NS-Justizverurteilten. Die Befreiung der Gefängnisse im Jahr 1945 sei keineswegs automatisch mit Rehabilitierung oder der Anerkennung als NS-Opfer einhergegangen. Vielmehr verlief die Aufhebung von NS-Urteilen in einem mehrere Phasen umfassenden langjährigen Prozess. Während Gefangene, die wegen ihrer politischen Gegnerschaft zum Nationalsozialismus verurteilt worden waren, vergleichsweise schnell von den britischen Behörden entlassen worden seien, wären Personen, die auf Grund ihrer sexuellen Orientierung oder wegen krimineller Delikte verurteilt worden waren, zunächst in Haft verblieben. Ihre Rehabilitierung sei erst deutlich später erfolgt. Als einen ähnlich komplexen und wegen der Vielzahl an Abkommen, Gesetzen und Sonderregelungen oft kaum zu überblickenden Prozess skizzierte Staats anschließend den Prozess für materielle Entschädigungen von Betroffenen und ihren Familien. Abschließend lenkte sie den Blick auf die langfristigen Auswirkungen der Haftstrafe für Betroffene und ihre Nachkommen. Die Traumata des NS-Gefängnissystems wirkten oft bis in die folgenden Generationen nach, weshalb die Arbeit mit den Nachfahren einen bedeutenden Teil der Gedenkstättenarbeit ausmache.

Die den ersten Tag abrundende Abendveranstaltung zum Thema »80 Jahre nach der Befreiung – Aufarbeitung und Erinnerung an den Nationalsozialismus als Aufgabe für eine lernende Demokratie« im Calder-Saal des Sprengel-Museums begann mit einem Grußwort des Bürgermeisters von Hannover, THOMAS HERMANN. Auch er betonte, wie der Niedersächsische Ministerpräsident am Nachmittag, die anhaltende gesellschaftliche Relevanz der Aufarbeitung der NS-Zeit angesichts der zunehmenden Demokratiegefährdung. Hermann plädierte für die Notwendigkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit der bestehenden Erinnerungskultur und verwies auf die Arbeit

der Gedenkstätte Ahlem, des ZeitZentrums Zivilcourage und zivilgesellschaftlicher Gruppen in Hannover.

Der darauffolgende Impuls vortrag von ELKE GRYGLEWSKI (Celle) beleuchtete die Rolle der (Landes-) Forschung zum Nationalsozialismus für die Erinnerungskultur. Gryglewski appellierte, insbesondere vor dem Hintergrund des aktuell verbreiteten Entlastungsdiskurses für die deutsche Gesellschaft nach 1945, an eine kritische Selbstreflexion – sowohl in Bezug auf die eigene Rolle in Vergangenheit und Gegenwart als auch in Bezug auf die Rolle von Forschungseinrichtungen im Kontext der NS-Geschichte und der Erinnerungskultur. Am Beispiel der Geschichte der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen demonstrierte Gryglewski, wie auch wissenschaftliche Institutionen während der NS-Zeit Anpassung, Mitleidertum und Kontinuität zeigten. Während es im Ausland und von Überlebenden der NS-Verfolgung bereits frühzeitig eine kritische Forschung des Gewalt- und Vernichtungssystems gegeben habe, habe die etablierte Forschung der Nachkriegsgesellschaft kaum Interesse an der Topographie des Terrors gehabt, kritische Beiträge ignoriert und Betroffenenperspektiven marginalisiert – oft, um die eigenen Mitarbeitenden und ihre Strukturen zu schützen. Dies habe sich erst seit den späten 1980er Jahren geändert. Gryglewski empfahl, sprachliche Strukturen als Hinweisgeber für die Tradierbarkeit der nationalsozialistischen Ideologie und den Blick auf den NS zu untersuchen.

In der anschließenden Podiumsdiskussion mit LU SEEGERS (Hamburg), ELKE GRYGLEWSKI, MALTE THIESSEN (Münster) und JENS BINNERT, moderiert von Christian Hellwig, wurde der Wandel der Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit verdeutlicht, der durch digitale Medien, gesellschaftliche Veränderungen und Ressourcenengpässe beeinflusst wird. Die Diskutierenden plädierten für eine offene, selbstkritische und partizipative Erinnerungskultur, die auf einer soliden wissenschaftlichen Grundlage basiere und die vielfältigen Perspektiven der Vergangenheit berücksichtige. Die Herausforderung bestünde darin, die Forschungsergebnisse effektiv zu vermitteln, eine breite Öffentlichkeit anzusprechen und neue Wege der Vermittlung zu erschließen, insbesondere im digitalen Raum. Laut Lu Seegers ist Erinnerungskultur ein dynamischer Prozess, der sich seit dem Kriegsende kontinuierlich verändert habe, während Malte Thiesen auf die problematische, aber auch chancenreiche Gegenwartsorientierung des historischen Diskurses hinwies, die eine vielfältige Erinnerungskultur erfordere. Elke Gryglewski hob die Bedeutung von Gefühlerbschaften hervor und warnte vor der Reproduktion von Täterlogiken in der Forschung. Für eine nuancierte Forschung sei die Berücksichtigung von Perspektiven der Überlebenden und marginalisierten Gruppen entscheidend. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass Regionalgeschichte zu dieser Ausrichtung beitragen könne. Insbesondere Malte Thiesen plädierte für eine verstärkte regionalhistorische Perspektive, die den Nationalsozialismus als regionales Geschehen mit unterschiedlichen Ausprägungen und Aneignungen betrachte und eine engere Verbindung von Geschichte und Erinnerungskultur ermögliche. Jens Binner äußerte sich besorgt über die Kluft zwischen ausdifferenzierter, wissenschaftlicher Forschung und der oft vereinfachenden öffentlichen Wahrnehmung bzw. Darstellung. Elke Gryglewski berichtete

von einem wachsenden Engagement junger Menschen, insbesondere angesichts der Herausforderungen durch rechtsextreme Parteien wie der AfD. Soziale Medien könnten hierbei unterstützend wirken. Christian Hellwig und Lu Seegers diskutierten die Chancen und Herausforderungen digitaler Plattformen wie TikTok für die Erinnerungsarbeit. Dabei könnte die Qualität der Inhalte sowohl positiv als auch negativ sein. Jens Binner und Malte Thießen hoben die wachsende Herausforderung der Ressourcenknappheit in der Gedenkstättenarbeit hervor. Durch angespannte Haushaltsslagen einerseits und die Notwendigkeit der innovativen Interaktion mit der Gesellschaft andererseits werde diese Frage immer drängender.

Der zweite Tag der Tagung begann mit der Sektion II »Die Erforschung der Geschichte des Nationalsozialismus in Niedersachsen und Bremen – Kritische Bilanz und weiterführende Perspektiven«, die von Lu Seegers moderiert wurde. Den Auftakt machte DETLEF SCHMIECHEN-ACKERMANN (Hannover) mit einem Überblick über die Ergebnisse und Desiderate der regionalgeschichtlichen Erforschung des Nationalsozialismus in Bremen und Niedersachsen. Er betonte die Potenziale eines systematischen regionalgeschichtlichen Ansatzes der Erforschung dieser Periode, auch und insbesondere in Niedersachsen. Angesichts neuerer Tendenzen in der Regionalgeschichte, die sich auch mit der Aufarbeitung und Erinnerungspraxis der früheren Regionalgeschichte befassen, schlug Schmiechen-Ackermann die Einrichtung neuer, anspruchsvoller regionaler Forschungsprojekte sowie einer Niedersächsischen Forschungsstelle zur regionalen Geschichtsforschung vor.

Als nächstes referierte FELIX MATHEIS (Hamburg) über die Beteiligung von Handelsfirmen aus Hamburg und Bremen an der wirtschaftlichen Ausbeutung des Generalgouvernements Polen während der NS-Besatzung. Sein Vortrag beleuchtete die Rolle der hansestädtischen Unternehmen als Teil des ausbeuterischen Besatzungssystems und verdeutlichte die Verflechtung von wirtschaftlichen Interessen, ideologischen Zielen sowie kolonialistischen Denkmustern. Matheis zeigte auf, dass sich ab dem Jahr 1940 zahlreiche deutsche Handelshäuser, überwiegend aus Hamburg und Bremen, als sogenannte Kreisgroßhandelsfirmen im Generalgouvernement etablierten. Er analysierte die Doppelrolle dieser Firmen, die aus einem Zielkonflikt resultierte. Einerseits diente die Existenzvernichtung der jüdischen Bevölkerung der Umsetzung der NS-Ideologie, andererseits seien jüdische Kaufleute für die polnische Wirtschaft unverzichtbar gewesen. Dies habe zu einer temporären Begrenzung der Arisierung und der Notwendigkeit, wirtschaftliche Ersatzstrukturen aufzubauen, in die die hansestädtischen Unternehmen involviert worden seien, geführt. Dadurch habe man den Zielkonflikt zwischen wirtschaftlicher Ausbeutung und antisemitischer Verdrängungspolitik überbrücken können. Damit, so Matheis, haben die Handelsunternehmen eine wesentliche Maßnahme der NS-Judenverfolgung strukturell mitgetragen, indem sie sich an die Stelle der jüdischen Unternehmen setzten und die unerwünschten Effekte ihrer Verdrängung abfingen. Gleichzeitig seien sie maßgeblich durch ein System von Zwangsaufkäufen und Prämien an der Ausbeutung der polnischen Landwirtschaft – insbesondere durch den Export von Getreide nach Deutschland – beteiligt gewesen. Laut Matheis spielte die Selbst-

mobilisierung der hansestädtischen Unternehmen eine wichtige Rolle dabei, die Ziele der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft zu realisieren.

Auch der nachfolgende Vortrag beschäftigte sich mit der NS-Belastung und Erinnerungskultur norddeutscher Unternehmen. MANFRED GRIEGER (Göttingen) berichtete über seine Forschung zur Geschichte der niedersächsischen Unternehmen Bahlsen, Sartorius, Volkswagen und Continental im Nationalsozialismus, insbesondere über deren Vorbereitungen auf das Kriegsende und den Umgang mit ihrer faschistischen Vergangenheit. Die vier Unternehmen seien beispielhaft für die Diversität des niedersächsischen Unternehmertums, die in der NS-Forschung unterrepräsentiert und bisher kaum kritisch beleuchtet worden sei. Oft strebten die Unternehmen selbst keine historische Aufarbeitung an und angesichts des gesellschaftlichen Rechtsrucks fehle der öffentliche Druck, diese nachzuholen. Dennoch böten die vorgestellten Unternehmen Einblicke in unterschiedliche Erfahrungen und Handlungen von Unternehmern im Nationalsozialismus. Alle vier Unternehmen profitierten auf die eine oder andere Weise vom nationalsozialistischen Gewalt- und Herrschaftssystem, von der Rüstungspolitik und den Zwangsarbeiter-systemen. Sie passten sich diesem System an und wandten dabei eine grundlegende Wirtschaftslogik an. Bis in die 1990er Jahre sei diese Vergangenheit kaum kritisch hinterfragt und erst in den vergangenen Jahren aufgearbeitet worden.

DAVID REINICKE (Celle) schloss die zweite Sektion mit einem Vortrag, in dem er am Beispiel der in den sogenannten Emslandlagern eingesetzten Moor-SA der Frage nachging, wie Täter ihr Tatumfeld verließen. Im Gegensatz zu anderen Täterkollektiven wie beispielsweise der SS in Konzentrationslagern, ließe sich bei der Moor-SA schon zu einem frühen Zeitpunkt der ungewöhnliche Umstand einer Vielzahl von Weggängen aus dem Kollektiv nachweisen, so Reinicke. Anhand des Konzepts der Gemeinschaft argumentierte er, dass die Moor-SA keine ideologisch homogene Gruppe, sondern eine Zweckgemeinschaft war, die durch eine Mischung aus ideologischer Überzeugung, ökonomischen Interessen – wie dem Versprechen auf Siedlerstellen, Treueprämien und Beförderungsstellen – sowie dem Wunsch nach sozialer Absicherung motiviert war. Dabei habe die Suggestion einer homogenen,führerzentrierten Männergemeinschaft, die auch auf der Repräsentations- und Freizeitkultur fußte, sowohl der internen Bindung als auch der Legitimation nach außen gedient. Als die Wachmänner jedoch feststellten, dass die anfänglichen Versprechen nicht eingehalten würden, habe der Gemeinschaftsgedanke abgenommen. Dies habe sich in einer signifikanten Abwanderung bei der ersten Gelegenheit für einen Wechsel in den Justizdienst oder die Wehrmacht geäußert. Reinecke schloss seinen Vortrag mit dem Vorschlag, der Frage des »Verlassens des Tatumfeldes« weiter nachzugehen – auch bei anderen Tätergruppen wie medizinischem Personal in Psychiatrien – und zu analysieren, wie Betroffene ihre Taten in eine sinnvolle Lebensgeschichte integrieren.

Die Tagung endete mit der dritten Sektion unter dem Thema »Erinnerungskulturen in der Debatte – Routiniertes Ritual oder aktive Aufarbeitung?«. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion erörterten die Diskutanten die abnehmende Relevanz der Erinnerungskultur im politischen Denken, die Rolle digitaler Medien in der Erinnerungsarbeit sowie die Notwendigkeit, kulturelle Institutionen in den Kampf gegen Fake News und

rechte Hetze einzubeziehen. Der Moderator MARKUS MEYER (Bremen) fragte angesichts zunehmender Forderungen nach einem zu ziehenden Schlussstrich, wie ernst es die Gesellschaft mit der Diskussion um die Frage meine, welche Rolle der Nationalsozialismus für unser politisches Gemeinwesen spielle. STEFFEN JOST (Berlin), verantwortlich für die digitale Bildungsplattform sowie die digitale Transformation des jüdischen Museums in Berlin, betonte die wachsende Bedeutung sozialer Medien für die Geschichtsvermittlung und forderte, diese in die Erinnerungsarbeit einzubeziehen. Erinnerungskulturelle Orte müssten digitale Kompetenzen fördern und ihre Marketingstrategien verbessern, um langfristige Bindungen zu schaffen. Dafür bräuchte man keine Pilotprojekte, sondern vielmehr langfristige Investitionen für eine institutionelle Verankerung. Gleichzeitig wies Jost eindringlich darauf hin, dass kulturelle Institutionen gegen Fake News und rechte Hetze im Netz antreten müssten.

JENS BINNER stellte in seinem Impuls vortrag vor, wie das ZeitZentrum Zivilcourage in Hannover als Lernzentrum auf die zentralen Herausforderungen der NS-bezogenen Erinnerungskultur reagiert. Dort setze man sich mit Biografien und dem Stadtraum auseinander, um die Lokalität des faschistischen Terrors zu vermitteln und arbeite zudem mit Methoden, die eine Brücke in die Gegenwart bauten. Binner betonte, dass es neben dem Nationalsozialismus eine Vielzahl an erinnerungskulturellen Themen gäbe, sodass sich das ZeitZentrum entschieden habe, die Frage nach dem Umgang mit dem Kolonialismus, die seit einigen Jahren verstärkt in den Fokus geraten sei, in ihre Arbeit mit einzubeziehen. Neben all diesen Aspekten hob Binner die positiven Ergebnisse der Zusammenarbeit mit Akteuren der Stadtgesellschaft hervor, zumal die Institution auch insgesamt für die Erinnerungskultur der Stadt Hannover zuständig sei.

LALE YILDIRIM (Kiel), Professorin für die Didaktik der Geschichte, berichtete von dem Forschungsprojekt »Die Emslandlager als Konfliktlandschaft in Transformation. Forschendes Lernen am Schnittpunkt von universitärer Lehrer:innenbildung, Gedenkstättenpädagogik und partizipativer digital public history«, das in Kooperation mit der Gedenkstätte Esterwegen durchgeführt wird. Das Projekt beschäftigte sich mit dem gewaltüberformten Ort der Emslandlager, deren Lagerstandorte unterschiedliche Transformationen erfahren haben und die als Konfliktlandschaft, so Yildirim, zu Partizipation und Reflexion von Transformation und Kontinuität unserer Geschichte einlade. Ziel des Projekts sei die Verbindung von universitärer Bildung mit non-formalen Bildungsorten, um Multiplikatoren für Schulen, Universitäten, Gedenkstätten und die Zivilgesellschaft zu generieren. Ein besonderer Schwerpunkt läge dabei auf der partizipativen Digital Public History, um »geschichtskulturelle Agency« zu fördern und historisch begründete Demokratiekompetenz zu entwickeln. Die Digitalisierung der ehemaligen Lagerstandorte durch VR-Anwendungen und die Entwicklung partizipativer Lehrformate durch Studierende sollten die Zugänglichkeit der nur schwer fassbaren Orte und eine kritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ermöglichen, wobei Studierende und Schülerinnen und Schüler nicht nur als Konsumenten, sondern aktiv Geschichtskultur gestalten sollten. Yildirim erklärte, dass aus dem Projekt Lern- und Lehrarrangements entstehen würden, die neue Impulse für Multiplikatoren liefern sollten.

Zuletzt präsentierte ELKE GRYGLEWSKI, Geschäftsführerin der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten und Leiterin der Gedenkstätte Bergen Belsen, die Perspektive der Gedenkstätten. Sie betonte die Notwendigkeit, die Ursachen für Übersättigung und Desinteresse an der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte zu hinterfragen und kritisierte, dass die wiederholte Behandlung der gleichen Themen in unterschiedlichen Schulstufen zu einer Art Ermüdung führen könne. Gryglewski plädierte für die Anwendung von Komplexität im Sinne einer »positiven Zumutung«, um Erkenntnisse zu ermöglichen. Die Herausforderung der Vermittlung komplexerer Inhalte liege oft nicht im Inhalt, sondern in der Methode, sodass durchaus eine didaktische Reduktion angewendet werden könne, ohne die Komplexität eines Themas zu verringern. Darüber hinaus schlug Gryglewski vor, vom Gegenstand her zu denken und sich bei der Themenauswahl nicht an spezifischen Gruppen zu orientieren. Zudem sei es wichtig, genügend Zeit für die Vermittlungsarbeit zu haben und Raum für Fragen zu schaffen sowie Netzwerke zu knüpfen, um Zuständigkeiten zu klären.

Zu Beginn der anschließenden Diskussion thematisierte Meyer das Verhältnis zwischen digitaler und analoger Nutzung. Dabei stellte er die Frage, wie viel Digitalität notwendig sei und wie wichtig, den Zugang zum physischen Ort nicht zu verlieren. Alle Teilnehmenden waren sich einig, dass digitale und analoge Angebote sich nicht gegenseitig ausschließen sollten. Binner betonte, dass eine digitale Präsenz heutzutage unerlässlich sei, die Ausstellungen sowie die Workshops mit anschließenden Gesprächen im ZeitZentrum jedoch bewusst analog konzipiert seien. Jost warnte jedoch davor, anzunehmen, dass analoge Bildung grundsätzlich wirksam sei. Im weiteren Verlauf diskutierten die Expertinnen und Experten über die Gestaltung von Gedenkstättenbesuchen und die Bedeutung von Freiwilligkeit. Gryglewski und Yıldırım betonten die Wichtigkeit der Freiwilligkeit eines Besuchs und wiesen darauf hin, dass digitale Angebote nicht immer barrierefrei seien. Yıldırım teilte die aus dem Publikum geäußerte Einschätzung, dass man zwischen Digitalisierung und Digitalität differenzieren müsse und sprach sich dafür aus, die Frage zu klären, was historisches digitales Lernen überhaupt sei. Im Verlauf erörterten Gryglewski und Jost die Abhängigkeiten und Herausforderungen sozialer Plattformen und besonders Gryglewski wies darauf hin, dass die Verantwortung für die Erinnerungskultur nicht allein bei Gedenkstätten liegen dürfe, sondern dass auch andere Institutionen einzubeziehen seien. Nachdem sich alle für ein aktives Vorgehen gegen rechtsextremistische Ideologien ausgesprochen hatten, schloss Meyer die Diskussion mit der Betonung, wie wichtig es sei, Kooperationen zwischen den Institutionen auszubauen, um den Herausforderungen der Erinnerungskultur zu begegnen.

In seinen abschließenden Worten betonte Hellwig, wie wichtig die Untersuchung der Aushandlungsprozesse, Deutungsmuster und Debatten in der Nachkriegszeit und der Erinnerungskultur sei. In den zwei Tagen sei deutlich geworden, dass sich der Rahmen des Sagbaren in den letzten Jahren vergrößert habe. Um der rechtsextremen Gefahr für unsere demokratische Gesellschaft und Kultur zu begegnen, müssten Institutionen der historischen Forschung und Erinnerungsarbeit eine Erinnerungskultur auch in »unbe-

quemen Räumen« gestalten. Dazu könnten diese Institutionen beitragen, indem sie Bildungsangebote entsprechend gestalteten. Sie benötigten jedoch Ressourcen und Rahmenbedingungen von politischer und gesellschaftlicher Seite, die dies ermöglichen. Gerade die Historische Kommission sei in dieser Hinsicht in einer privilegierten Position.

Johannes SANDHÄGER/Janine WASMUTH, Hannover

2. Bericht über die Mitgliederversammlung; Jahresbericht

Die Mitgliederversammlung fand am Freitag, dem 13. Juni 2025, in der Volkshochschule Hannover statt. Der Vorsitzende Dr. Henning Steinführer eröffnete die Versammlung um 9:02 Uhr (TOP 1), stellte die fristgemäße Einladung und durch Handzeichen die Beschlussfähigkeit fest. Nach Ausweis der Teilnehmerliste waren 50 Mitglieder und Patrone bzw. Vertreter von Patronen anwesend, die insgesamt 63 Stimmen führten. Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht; ebenfalls bestand kein Korrekturbedarf am Protokoll der Mitgliederversammlung des Jahres 2024. Die Anwesenden erhoben sich anschließend zur Ehrung der verstorbenen Mitglieder Dr. Dieter Lent (27. Juni 2024), Dr. Wolfgang Seegrün (3. Juli 2024), Dr. Hajo van Lengen (4. November 2024), Dr. Babette Ludowici (18. November 2024) und Dr. Heinz Schirnig.

Anschließend erstatteten der Vorsitzende den Jahres- und der Schatzmeister Dr. Arne Butt den Kassenbericht für das Haushalts- und Rechnungsjahr 2024 (TOP 2).

Herr Dr. Steinführer ging auf die letzte Jahrestagung ein, die unter dem Titel »Schaumburg-Lippe in Europa. Graf Wilhelm (1724-1777) zwischen Aufklärung und Moderne« am 3. und 4. Mai 2024 in Bückeburg stattfand und in deren Rahmen auch der Preis für Landesgeschichte verliehen wurde. Dieser Preis, der auf ein breites Echo gestoßen war, wurde geteilt und ging an Frau Dr. des. Sandra Funck für ihre Göttinger Dissertation »Klassenkämpfe – Jugend, Schule und Politik um ›1968‹« und an Herrn Dr. Jasper Henning Hagedorn für seine Bremer Dissertation »Bremen und die atlantische Sklaverei. Waren, Wissen und Personen, 1780-1860.«

Darüber hinaus informierte Herr Dr. Steinführer über das Erscheinen des Niedersächsischen Jahrbuchs (Nr. 96) sowie der vier Bände der Kommissionsreihe Nr. 311 (Urkundenbuch des Stifts Bardowick, bearb. von Ingo Schwab), Nr. 319 (Ulrich Schwarz, Die Kanoniker von St. Blasius in Braunschweig. Weltgeistliche, das Burgstift und die welfischen Landesherren [1388-1412]), Nr. 321 (Ulf Wendler, Pest, Fleckfieber, Ruhr und Typhus. Epidemien auf dem Land und ihre Deutung im Fürstentum Lüneburg [1565-1666]) und Nr. 322 (Urkundenbuch des Stiftes St. Andreas zu Verden, Bd. 2, bearb. von Walter Jarecki). Er dankte für die erneut sehr gute Zusammenarbeit mit dem Wallstein Verlag, namentlich mit Frau Carolin Brodehl.

Auf den Geschäftsbericht 2024 folgten keine Fragen.

Im Anschluss daran stellte der Schatzmeister Herr Dr. Butt den Kassenbericht vor. Dazu waren den Mitgliedern und Patronen mit der Einladung zur Mitgliederversammlung tabellarische Übersichten zugesandt worden. Den Einnahmen in Höhe von 166.942,32 € standen Ausgaben in Höhe von 166.778,73 € gegenüber. Der Kassenstand wies folglich zum Jahresende ein Guthaben in Höhe von insgesamt 163,59 € auf. Die Ausgaben wurden überwiegend für Projekte und an zweiter Stelle für das Personal getätigt.

Zum Kassenbericht gab es keine Nachfragen, ebenso hinsichtlich des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2025, auf den der Schatzmeister zuvor den Blick gerichtet hatte.

Die Kassenprüfung erfolgte am 05. März 2025 durch Herrn Dr. Thomas Franke (Wennigsen) und Herrn Dr. Hendrik Weingarten (Hannover), bei der sich keine Beanstandungen ergeben haben. Somit wurde die Entlastung des Vorstandes (TOP 3) von Herrn Dr. Franke beantragt. Die Mitgliederversammlung gewährte die Entlastung ohne Gegenstimme bei Stimmenthaltung des Vorstands und nahm zudem den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr an.

Die nun anstehenden Wiederwahlen der Ausschussmitglieder und Zuwahlen der wissenschaftlichen Mitglieder (TOP 4.1-4.2) wurden moderiert von Dr. Christian Hoffmann (Hannover) und unterstützt von Frau Petra Diestelmann sowie Frau Regina Süßner (beide Hannover).

Für die Wiederwahl von Mitgliedern des Ausschusses wurden vom Ausschuss vorgeschlagen: Dr. Brage Bei der Wieden (Wolfenbüttel), Dr. Stefan Brüdermann (Bückeburg), Prof. Dr. Dietmar von Reeken (Oldenburg) und Dr. Nicolas Rügge (Hannover).

Für die Zuwahl wissenschaftlicher Mitglieder wurden vom Ausschuss folgende Kandidatinnen und Kandidaten vorgeschlagen: Dr. Irmgard Haas (Hannover), Prof. Dr. Franziska Neumann (Braunschweig), Dr. Matthias Meinhardt (Helmstedt), Dr. Heiko Suhr (Aurich) und Dr. Ulfert Tschirner (Lüneburg).

Die Kandidatinnen und Kandidaten waren durch die den Mitgliedern und Patronen vorab mitgeteilten biographischen Informationen genügend charakterisiert, sodass von einer weitergehenden Vorstellung abgesehen werden konnte. Die Mitglieder und Patrone stimmten in geheimer Stimmabgabe ab.

Der anschließende TOP 5 war den Berichten der einzelnen Arbeitskreise gewidmet.

Über die Aktivitäten des Arbeitskreises für mittelalterliche Geschichte berichtete Prof. Dr. Arnd Reitemeier. Im Berichtszeitraum wurde zum einen am 15. März 2024 in Hannover der Frühjahrsworkshop abgehalten, bei dem unterschiedliche Themen aufgegriffen wurden. Zum anderen richtete der Arbeitskreis am 24. und 25. Oktober in Hildesheim eine Tagung zum »Aufstand der Sachsen 1074/1075« aus, die in einem interdisziplinären Zugriff dieses gegenwärtig wenig bearbeitete Thema aufgriff.

Im Anschluss daran berichtete Prof. Dr. Marian Füssel für den Arbeitskreis Frühe Neuzeit, dessen Herbsttagung am 1. November 2024 in Hannover stattfand und dem Thema »Jagd – Wald – Herrschaft« gewidmet war. An diese Fragestellungen wird die Herbstsitzung im Jahr 2025 anknüpfen.

Über die Aktivitäten des Arbeitskreises Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts berichtete Herr Dr. Christian Hellwig. Am 17. Mai 2024 richtete dieser AK in Kooperation mit dem Institut für Historische Landesforschung in Göttingen einen international besetzten Workshop zum Thema »Welfen in der Provinz Hannover: Die sogenannte Vorabstimmung über die Abtrennung der Provinz Hannover von 1924 und die Deutsch-Hannoversche Partei« aus. Zudem wurde am 16. November 2024 eine Arbeitskreissitzung zum Thema »Erinnerungskultur im Wandel – Erinnerungsorte und ihre Geschichte« in Hannover abgehalten.

Für den Arbeitskreis für Geschichte der Juden verlas Herr Dr. Jörg Voigt die Mitteilung des kommissarischen Sprechers, Herrn Dr. Sebastian Musch, in der über die Neukonstituierung dieses Arbeitskreises im Jahr 2024 informiert wurde. Auch wenn die Suche nach einem stellvertretenden Sprecher bzw. einer stellvertretenden Sprecherin noch andauert, wird sich Herr Dr. Musch bei der bevorstehenden Sitzung dieses AK am 9. Juli 2025 zur Wahl stellen. Über diese und folgende Sitzungen wird zukünftig zu berichten sein.

Der Vorsitzende dankte allen, die sich in den Arbeitskreisen der Historischen Kommission engagieren sowie dem Niedersächsischen Landesarchiv für die umfassende Unterstützung bei der Abhaltung vieler der genannten Sitzungen.

Folgende Veröffentlichungen sind im Berichtsjahr erschienen (TOP 6):

1. Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte

Band 96 (2024) ist zum Jahresende 2024 ausgeliefert worden. Er enthält die Beiträge der Jahrestagung der Historischen Kommission vom Jahr 2023.

2. Veröffentlichungsreihe

Bd. 311: Ingo SCHWAB (Bearb.) unter Mitwirkung von Dieter BROSIUS, Thomas STÜRMER und Jörg VOIGT, Urkundenbuch des Stifts Bardowick.

Bd. 319: Ulrich SCHWARZ, Die Kanoniker von St. Blasius in Braunschweig. Weltgeistliche, das Burgstift und die welfischen Landesherren (1388-1412).

Bd. 321: Ulf WENDLER, Pest, Fleckfieber, Ruhr und Typhus. Epidemien auf dem Land und ihre Deutung im Fürstentum Lüneburg (1565-1666).

Nr. 322: Walter JARECKI (Bearb.), Urkundenbuch des Stiftes St. Andreas zu Verden, Bd. 2 (zugleich erschienen als Bd. 61 in der Schriftenreihe des Landschaftsverbandes der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden).

Projekte

Herr Dr. Steinführer berichtete über den Fortgang der Planungen der internationalen Tagung zum Thema »Lothar III. – Ein Herrscher aus Sachsen«, die zusammen mit mehreren Kooperationspartnern (Herzog Anton Ulrich-Museum in Braunschweig, Institut für Geschichtswissenschaft der TU Braunschweig, Braunschweigischer Geschichtsverein, Institut für Braunschweigische Regionalgeschichte, Stadt Braunschweig, Braun-

schweigisches Landesmuseum, Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte der Historischen Kommission) vom 10. bis 12. September 2025 in Braunschweig und Königslutter stattfinden wird. Gefördert wird diese Tagung von der Stiftung Niedersachsen, der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz und dem Land Niedersachsen.

Darüber hinaus berichtete er über das Projekt Who was who in Wolfenbüttel, dessen Ergebnisse momentan für die zweibändige Publikation vorbereitet werden.

Im Anschluss daran berichtete Herr Dr. Butt über das Open-Access Publikationsformat, das für die Bände der Schriftenreihe der Historischen Kommission eingeführt werden wird; ab dem Jahr 2026 werden die jeweiligen Bände sowohl in gedruckter Form als auch zeitgleich im Open-Access vorliegen. Für die Finanzierung dieses neuen Publikationsformates werden auch Projektmittel angestrebt, wie beispielsweise das vom Land Niedersachsen geförderte und von der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek angestoßene FLOAT-Projekt (Förderung von Open Access in der Landeskunde).

Daran knüpfte Herr Prof. Dr. Reitemeier an und stellte die derzeitigen Überlegungen über die im Aufbau befindliche digitale Struktur der Culture Cloud Niedersachsen für die Schaffung eines landesgeschichtlichen Portals vor. Die Historische Kommission kooperiert in dieser Frage eng mit dem federführenden Institut für Historische Landesforschung in Göttingen.

Im Anschluss daran gab Herr Dr. Hoffmann die inzwischen vorliegenden Wahlergebnisse bekannt (TOP 7). Die Ausschussmitglieder und die vorgeschlagenen wissenschaftlichen Mitglieder wurden mit großer Mehrheit (mit 90 % und mehr) von der Mitgliederversammlung gewählt.

Die nächste Jahrestagung und Mitgliederversammlung (TOP 8) wird, nachdem die Mitgliederversammlung mit übergroßer Mehrheit dafür gestimmt hat, am 05. und 06. Juni 2026 in Göttingen stattfinden und dem Thema »Umweltgeschichte« gewidmet sein.

Zum TOP 9 »Verschiedenes« berichtet Frau Prof. Dr. Heike Düselder von einem Gesprächstermin mit der Landtagsabgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frau Lena Nzume, die das Interesse ihrer Fraktion an Themen zur NS-Geschichte und zum Kolonialismus ebenso zum Ausdruck gebracht hat wie an Planungen zu einer entsprechenden Tagung. Hier wird die Historische Kommission bei Bedarf beratend tätig sein.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, sodass der Vorsitzende die Mitgliederversammlung um 10:32 Uhr schloss.

Jörg Voigt, Hannover

BERICHTE AUS DEN ARBEITSKREISEN

Arbeitskreis Geschichte des Mittelalters

Der Arbeitskreis Mittelalter veranstaltete am 24./25. Oktober 2024 in der Hildesheimer Dombibliothek eine Tagung mit dem Titel: »Der Aufstand der Sachsen 1074/1075«. In elf Vorträgen wurden der Aufstand, die schriftlichen und sachlichen Quellen sowie die Akteure beleuchtet.

In der ersten Sektion führte Arnd REITEMEIER in die Tagung und ihre Fragestellung ein. Florian HARTMANN stellte die mittelalterliche Chronistik und ihre Beschreibungen der Ereignisse vor. Die jeweilige Schwerpunktsetzung der Autoren war ebenso Thema wie das aus den Quellen herauszulesende Verhältnis der Adligen und Bischöfe zum König. Jörg BÖLLING widmete sich in seinem Vortrag dem Bistum Hildesheim und vor allem seinem Bischof Hezilo. Er beleuchtete Hezilos Handeln sowie seine Stiftungen. Nach einer Führung durch das Dommuseum in Hildesheim (einschließlich der gerade stattfindenden Sonderausstellung »Oh my Gold! Die große Goldene Madonna im Wandel«) begann die Nachmittagssektion der Tagung.

Markus BLAICH führte in seinem Vortrag auf die archäologischen Spuren der Salierzeit in Sachsen, speziell im Harzraum. Ländliche Siedlungen, Städte, Kirchen und Burgen und ihre Funktionen wurden präsentiert. Im Anschluss referierte Matthias BERLANDI über die ökonomischen Grundlagen der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts. Er fragte, ob ökonomische Gründe, namentlich der Silberbergbau im Harz, als (eine weitere) Ursache des sächsischen Aufstandes eine Rolle gespielt haben könnten. Die Verbindungen der sächsischen Großen vor allem über ihre Verwandtschaft untersuchte Lars SCHULZE. Diese wurde in der Chronistik, mit Ausnahme des Annales Saxo, wenig thematisiert und wenn, dann nur, sofern Verwandte miteinander in Konflikt gerieten, so beispielsweise im Fall Welfs IV. und Ottos von Northeim. Einen weiteren Blick auf die gesamte Herrschaft Heinrichs IV. und seine zahlreichen Gegner im Reich, also nicht nur in Sachsen, bot Matthias BECHER in einem fulminanten Abendvortrag.

Die dritte Sektion am folgenden Tag begann mit einem Vortrag von Matthias WEBER zu dem Verhältnis Heinrichs zu den (ost-)sächsischen Bischöfen. Bis Anfang der 70er Jahre war deren Verhältnis zum König durchaus positiv. Wie die Adligen, was aus den vorhergehenden Vorträgen deutlich wurde, waren auch die Bischöfe nicht geschlossenen Gegner oder Unterstützer Heinrichs IV., sondern jeder hatte seine individuellen

Gründe bei seiner Entscheidung für oder gegen den König. Im Anschluss stellte Stefan PETERSEN Heinrich V. und sein Verhältnis zum sächsischen Herzogtum vor. Dieses war zunächst gut, was sich um 1112 aber änderte – auch hier war nach Ansicht der »Sachsen« das Verhalten des Königs Auslöser der Probleme, so der Vortragende. Veronika UNGER beschäftigte sich mit der Außensicht auf die Konflikte – was ist von den sächsischen Auseinandersetzungen in Rom angekommen und wie positionierte sich Gregor VII.? Insgesamt spielten die Auseinandersetzungen kaum eine Rolle für den reformeifrigen Papst. Zum Abschluss beleuchtete Arnd REITEMEIER die Überlieferung der sächsischen Auseinandersetzungen in der Chronistik und Geschichtsschreibung im Laufe der Jahrhunderte. Im 16. Jahrhundert beeinflusste die Konfessionalisierung die Darstellungen, im 19. und 20. Jahrhundert die Ausbildung des Nationalstaates und dann ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Geschichtsschreibung des (neuen) Landes Niedersachsen.

Zum Schluss fasste Laury SARTI die Vorträge zusammen und führte durch die Abschlussdiskussion. Die Sachsenkriege neu zu beleuchten, führt zu ihrer Neubewertung. Die Vorträge zeigten ein vielschichtiges und komplexes Bild der Auseinandersetzungen und ihrer Akteure. Als Desiderate wurde festgehalten: Fragen nach der Ministerialität, nach Begrifflichkeiten der Gewalt in den Quellen und nach der Differenzierung des Quellenbegriffs »Sachsen« – wer waren eigentlich die handelnden Sachsen? Eine weitergehende soziale Differenzierung der Beteiligten ist notwendig.

Die Vorträge der Tagung im Überblick:

Arnd Reitemeier (Göttingen): Begrüßung und Einführung in die Tagung

Florian Hartmann (Aachen): Der Sachsenaufstand und die Perspektive der Chronisten

Jörg Bölling (Hildesheim): Heinrich IV. und das Bistum Hildesheim: Bastion des Reichs im Vorharz

Markus Blaich (Hannover): Der »Sachsenaufstand« von 1074/75 – Archäologische Spuren einer salierzeitlichen »Königslista Harz«

Matthias Berlandi (Göttingen): Die ökonomischen Gründe für die Entstehung des sächsischen Widerstands gegen das salische Königtum im 11. Jahrhundert

Lars Schulze (Freiburg): Die Verbindungen der sächsischen Großen zur Zeit ihres Aufstandes gegen Heinrich IV.

Matthias Becher (Bonn): Königtum in der Krise. Heinrich IV. und seine vielen Gegner

Matthias Weber (Bochum): Heinrich IV. und die sächsischen Bischöfe

Stefan Petersen (München): Heinrich V. und das Herzogtum Sachsen

Veronika Unger (Erlangen): Die Kriege in Sachsen und die Perspektive des Papsttums

Arnd Reitemeier (Göttingen): Der Sachsenaufstand als Narrativ der Landesgeschichte

Laury Sarti (Freiburg): Abschlussdiskussion

Die Ergebnisse der Tagung werden in den Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen 2026 publiziert.

Im Frühjahr 2025 fand keine Sitzung des Arbeitskreises statt.

Anfang September 2025 ist der Tagungsband »Die Hildesheimer Stiftsfehde 1519-1523«, hrsg. von Arnd Reitemeier (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen 325), Göttingen 2025, erschienen (vgl. Jahresbericht im Niedersächsischen Jahrbuch 95 [2023]).

Kontakte

Sprecher

Prof. Dr. Arnd Reitemeier

Institut für Historische Landesforschung

Kulturwissenschaftliches Zentrum

Heinrich-Düker-Weg 14

37073 Göttingen

Tel.: 0551/39-21213

E-Mail: arnd.reitemeier@phil.uni-goettingen.de

Stellv. Sprecherin

Dr. Julia Kahleyß

Magistrat der Stadt Bremerhaven

Stadtarchiv

Hinrich-Schmalfeldt-Str. – Stadthaus 5

27576 Bremerhaven

Tel.: 0471/590-2121

E-Mail: Dr.Julia.Kahleyss@magistrat.bremerhaven.de

Schriftführerin

Dr. Nathalie Kruppa

Niedersächsische Akademie der Wissenschaften

Germania Sacra

Geiststraße 10

37073 Göttingen

Tel.: 0551/39-21559

E-Mail: nkruppa@online.de

Arbeitskreis Geschichte der Frühen Neuzeit

Nach einer Reihe von eher ereignis- und jubiläumsbezogenen Veranstaltungen hat sich der Arbeitskreis Frühe Neuzeit der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen für 2024 und 2025 das Thema der frühneuzeitlichen Jagd auf seine Agenda gesetzt. Da sich das Thema in der Vorbereitung als sehr anschlussfähig und ergiebig erwiesen hat und zudem gut an die vorherigen Diskussionen zu adeliger und bäuerlicher Gesellschaft anknüpft, hat sich der AK entschlossen, gleich zwei Herbsttagungen nacheinander unter das Thema »Jagd – Wald – Herrschaft« zu stellen. Der Jubiläumsdimension trug indes die gut besuchte Jahrestagung der HiKo Anfang Mai 2024 in Bückeburg zu »Schaumburg-Lippe in Europa. Graf Wilhelm (1724–1777) zwischen Aufklärung und Moderne« Rechnung, bei der sich auch Mitglieder des AK engagierten.

Die Herbsttagung des AK fand am 1. November 2024 wie gewohnt im Niedersächsischen Landesarchiv Hannover statt. Dr. Stefanie Freyer begrüßte die Anwesenden und beleuchtete die unterschiedlichen Facetten des Themas »Jagd – Wald – Herrschaft«. Die Jagd gilt als eine der ältesten Kulturtechniken der Welt, die allerdings schon lange ihre Bedeutung als materielle Notwendigkeit und Teil der Existenzsicherung verloren hat. Bereits im Mittelalter erhielt das Privileg des Jagdrechts und der Ausübung der Jagd seine soziale und rechtsbasierte Ausformung. Jagd wurde zum Ausdruck regionalerfürstlicher Machtentfaltung und höfischen Lebens. Im 17. Jahrhundert wurde die Jagd charakterisiert als eine der Aristokratie vorbehaltene »ritterliche Übung« und als *prae-ludium belli*, in der nicht nur die militärische Vorbildung, sondern auch die Eignung zum Herrscher eingeübt und gezeigt wurde. Die Jagd als Praxis des Adels und hochadeliges Regal war in der Frühen Neuzeit ein Prestigeobjekt, das der Repräsentation diente und als Element der Standeskultur durch ein klares Zeremoniell geregelt war. Weiterhin führte Freyer aus, dass Jagen zu den regelmäßigen Aktivitäten eines Hofes in der Frühen Neuzeit gehörte und eine kollektive Anstrengung war, die auch außerhalb der Jagdsaison eine Vielzahl an Personen erforderte.

Es schloss sich der Vortrag von Dr. Maike Schmidt an zum Thema »Jenseits des Zeitvertreibs. Jagdgeschichte(n) der Frühen Neuzeit im Spannungsfeld kultureller, sozialer, politischer und ökologischer Implikationen«. In ihrem breit angelegten Überblick legte die Referentin überzeugend dar, dass der Themenkomplex Jagd zu den zentralen Problemgeschichten der Frühen Neuzeit zählt. Jagd steht nicht nur für Sozialdistinktion und Herrschaftsansprüche. Schmidt machte deutlich, dass die vielfältigen Funktionen und Wirkungen von Jagd sich nicht auf die standesethische Kategorie des »Zeitvertreibs« reduzieren lassen, zumal oft die institutionellen Aneignungsprozesse und ikonographischen Programme jenseits des performativen Aktes die Überlieferung bestimmen: Das Jagen war Bestandteil der politischen Theorie und gehörte zum Initiationswissen des Adels. Außerdem wurde das Jagen mit dem Ausbau von Höfen als Herrschaftsmittel ver-

einnahmt und in Rechtsauffassungen eingebunden, die grundlegende Raum- und Resourcenkonflikte verursachten. Abschließend rekapitulierte die Referentin den Zusammenhang von Jagd und frühneuzeitlicher Herrschaft und arbeitete aus der Bandbreite aktueller Forschung einschlägige Themenfelder heraus, in denen Jagd künftig ergründet werden kann. So erfordere die Vielfalt der Quellengattungen in den Augen Schmidts mehr als bisher den interdisziplinären Blick, um Jagd als Bestandteil der Beziehungsgeschichte von Mensch, Tier und Umwelt zu erforschen. Auch die Betrachtung lokaler Kontexte sei von großer Bedeutung für die Bearbeitung dieses Themenkomplexes.

Damit war eine anspruchsvolle Agenda gesetzt, um der Jagd im lokalen Kontext nachzuspüren. In der ersten Objektbiographie zum Thema stellt Dr. Brage Bei der Wieden »Eine Pagenmatrikel als Quelle für die Waldwirtschaft« aus den Beständen des Niedersächsischen Landesarchivs, Abteilung Wolfenbüttel, vor. Zwischen 1707 und 1742 nahmen die welfischen Herzöge Ludwig Rudolf, Ferdinand Albrecht II. und Karl I. sowie ihre Gemahlinnen und Witwen laut der Pagenmatrikel 109 Edelknaben an den Höfen Blankenburg und Wolfenbüttel auf. In diesem auf besondere Weise illuminierten Wappenbuch ist jedem Pagen ein Emblem zugeordnet, das von einem Kunstmaler gestaltet wurde. Die Embleme führen in die höfischen Vorstellungen ein, Jagd und Forst nehmen dabei, wie Bei der Wieden an einigen Beispielen darstellte, breiten Raum ein. Jeder Eintrag besteht neben dem Namen aus einem individuell kreierten Emblem mit inscriptio, pictura und subscriptio. Bei der Wieden erläuterte, dass einige der Bildkompositionen noch nicht erforscht sind, bzw. nicht eindeutig erklärt werden können, die zeitgenössische Hofgesellschaft des 18. Jahrhunderts jedoch die Embleme und darin enthaltenen Botschaften zweifelsfrei lesen und deuten konnte.

Als nächstes referierte Dr. Martina Minning über »Prunkvolle Jagdwaffen als fürstliches Geschenk. Wolfenbüttel – Versailles – Paris – London – Denver«. Im Jahr 1723 ließ Herzog August Wilhelm zu Braunschweig-Wolfenbüttel dem französischen König Ludwig XV. durch seinen Gesandten Konrad Detlev von Dehn prunkvolle Jagdwaffen überreichen. Anhand der Biographie dieser Objekte lassen sich Veränderungen von Funktion und Bedeutung im Wandel der Zeiten beschreiben. Diese Veränderungen, mit denen in der Regel auch ein Ortswechsel einherging, wurden unter den Schlagworten diplomatisches Geschenk, repräsentativer Gebrauchsgegenstand, Sammlungsobjekt und Beutekunst subsumiert. Mit den »Feuerwaffen für den König« überbrachte der Gesandte von Dehn nicht nur Glückwünsche zur Volljährigkeit Ludwigs XV., diese Jagdwaffen aus der Werkstatt des berühmten Wolfenbütteler Büchsenmachers Johann Sebastian Hauschka waren auch eine Form des Wissenstransfers und eine Präsentation heimischer regionaler Handwerkskunst auf internationaler Bühne. Minning erläuterte, dass die offiziellen Legationsschreiben und persönlichen Briefe von Dehns nicht nur Auskunft über den sechsmonatigen Aufenthalt des Gesandten am französischen Königshof geben, sondern auch Berichte über die Jagden in Versailles enthalten.

Mit dem Vortrag von Juliane Schmieglitz-Otten wurden dann unter dem Titel »Jagdschlösser als Orte des Rückzugs und politischer Verhandlungen – Eine Glocke aus Weyhausen und ein barocker Jagdstuhl« zwei Objekte aus dem Jagdalltag vorgestellt.

Am Beispiel dieser zwei jagdgeschichtlichen Objekte der beiden letzten Celler Herzöge Christian Ludwig und Georg Wilhelm verdeutlichte Schmiegritz-Otten, wie der Ausbau einer jagdlichen Infrastruktur im Fürstentum Lüneburg zunehmend differenzierten Zwecken diente: Diese reichten von herrschaftlicher Repräsentation bis zu Orten inoffizieller politischer Verhandlungen und persönlichen Rückzugs. So sieht Schmiegritz-Otten in der Anlage des Jagdschlosses Weyhausen ein Beispiel für die Schaffung einer »Jagdtopographie«, die sowohl die räumlichen Aspekte wie Herrenhaus und Stallungen als auch den Aufbau eines »Jagdstaats« mit Hofgesellschaft und ausschließlich für die Jagd angestellten Bediensteten umfasste. Aus einem früheren Jagdblager wurde eine differenzierte Anlage mit einem aufwendig gestalteten Jagdschloss mit 13 Gebäuden. Das Jagdschloss wurde zum Ort standesbewusster Inszenierung und brachte zudem fürstliche Herrschaft und Souveränität zum Ausdruck. Neben der standesgemäßen Geselligkeit unter Berücksichtigung des höfischen Zeremoniells konnten Jagdaufenthalte und Jagdreisen aber auch die Möglichkeit eines informelleren Austauschs bieten.

Abschließend sprach Torben Tschiedel zum Thema »Jagderfolge im Krieg. Fürstliche Selbstvergewisserung im Angesicht des politischen Scheiterns?«. Die vorgestellten Untersuchungen sind Teil seines Promotionsprojektes »Der Prager Frieden von 1635 als Argument. Gescheiterter Frieden oder Referenzfrieden auf dem Westfälischen Friedenskongress?«. Tschiedel deutete das Kommunizieren von Jagderfolgen Kaiser Ferdinands III. an Kurfürst Johann Georg I. von Sachsen als Form fürstlicher Selbstvergewisserung. Im Angesicht des möglichen politischen Scheiterns im letzten Jahrzehnt des Dreißigjährigen Krieges käme den ausführlichen Jagdberichten des Kaisers und des Kurfürsten eine große Bedeutung zu. Als besonderen Quellenbestand stellte Tschiedel die kaiserlichen Jagdlisten vor und zeigte deren Interpretationsmöglichkeiten auf. Die Jagdlisten des Kaisers, die ausführlich von seinen Jagderfolgen berichten, wurden verschickt und ausgetauscht und dienten somit auch der Inszenierung als handlungsfähiger Herrscher und der Bestätigung der eigenen Rolle, die durch die Kriegsereignisse infrage gestellt war.

Die facettenreichen Beiträge und ihre engagierte Diskussion finden am 21. November 2025 ihre Fortsetzung im zweiten Teil von »Jagd-Wald-Herrschaft« im Niedersächsischen Landesarchiv in Hannover.

Kontakte

Sprecher

Prof. Dr. Marian Füssel

Georg August Universität Göttingen

Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte

Heinrich-Düker-Weg 14, 37073 Göttingen

Tel.: 0551/3924652

Marian.Fuessel@phil.uni-goettingen.de

Stellv. Sprecherin

Dr. Stefanie Freyer

Klassik Stiftung Weimar – Zentrum für Klassikforschung,
Forschungsreferentin

Stabsreferat Forschung | Friedrich Nietzsche Kolleg

Platz der Demokratie 2, 99423 Weimar
Tel.: 03643/545 631
stefanie.freyer@klassik-stiftung.de
Schriftführerin
Dr. Sandra Donner
Museum Wolfenbüttel – Leitung
Stadtmarkt 3-6, 38300 Wolfenbüttel
Tel.: 05331/9246-0
museum@wolfenbuettel.de

Arbeitskreis für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts

Nach Drucklegung von Band 96 des Niedersächsischen Jahrbuchs für Landesgeschichte fand am 16. November 2024 im ZeitZentrum Zivilcourage (Hannover) die Herbsttagung des Arbeitskreises statt. Unter dem Titel »Erinnerungskultur im Wandel – Erinnerungsorte und ihre Geschichte« gingen die eingeladenen Referenten anhand der Auseinandersetzung mit exemplarisch ausgewählten Erinnerungsorten der Frage nach, unter welchen Perspektiven nach 1945 an den Nationalsozialismus und an die damit verbundenen Verbrechen erinnert wurde. Dabei standen insbesondere die damit einhergehenden Wandlungsprozesse im Fokus der Beiträge.

In seiner Einleitung definierte Jens BINNER, Direktor des ZeitZentrum Zivilcourage und stellvertretender Sprecher des Arbeitskreises, Erinnerungskultur als gesellschaftliche Auseinandersetzung mit historischen Ereignissen durch symbolische Repräsentationen im öffentlichen Raum und betonte deren Wandel durch gesellschaftliche, politische und kulturelle Impulse. Nach 1945 dominierten zunächst staatliche und verbandliche Akteure das Gedenken. Seit den 1960er Jahren rückte die Aufarbeitung der NS-Verbrechen zunehmend in den Mittelpunkt, gefolgt von einer Demokratisierung und Pluralisierung der Erinnerungskultur ab den 1970er Jahren, die sich mit der Wiedervereinigung 1990 erneut veränderte.

Diese Einführung bildete den inhaltlichen Rahmen für die nachfolgenden Beiträge. Im ersten Vortrag analysierte Florian GRUMBLIES die Ausstellung »Konzentrationslager in Hannover 1943-1945« als wichtigen Meilenstein regionaler Erinnerungsarbeit, die durch interdisziplinäre Forschung und Einbindung von Zeitzeugen breite öffentliche Resonanz fand.

Alexander KRAUS beleuchtete in seinem Beitrag die Entwicklung der Wolfsburger Gedenkstätte für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und rückte in seinen Ausführungen den oftmals widersprüchlichen und schwierigen Prozess der Vergangenheitsbewältigung in Wolfsburg in den Fokus. Die heutige Gedenkstätte befindet sich auf einem Gelände, das während des Zweiten Weltkrieges als Begräbnisstätte für Zwangsarbeitende, KZ-Häftlinge und sowjetische Kriegsgefangene diente.

Christoph RASS betrachtete die komplexen Wechselwirkungen zwischen Migration, kollektiver Erinnerung und der Entstehung von Erinnerungsorten im Emsland. Er hob die Bedeutung dynamischer Aushandlungsprozesse innerhalb von Erinnerungsnetzwerken hervor und illustrierte dies am Beispiel der »Moorsoldaten« und des Dokumentationszentrums Haren/Maczków.

Im Fokus des nachfolgenden Beitrages stand anhand des Beispiels der Gedenkstätte Lager Sandbostel die Auseinandersetzung mit der Wechselwirkung zwischen erinnerungskulturellen Wandlungsprozessen und Konjunkturen und der Ausgestaltung des Erinnerungsortes. Andreas EHRESMANN verdeutlichte anhand exemplarisch ausgewähl-

ter Fotografien, wie sich am Lagerfriedhof Sandbostel die Gestaltung und Beschriftung der Gedenksteine wiederholt wandelte, um gesellschaftliche Deutungsverschiebungen abzubilden, und problematisierte die Grenze zwischen Umgestaltung und Rekonstruktion von Vergangenheit.

Abschließend reflektierte Hermann VINKE, aus journalistischer Perspektive, über die kontroverse Ausgestaltung der Erinnerungskultur bezüglich der Emslandlager und betonte deren gesellschaftliche Relevanz für die Gegenwart. Dabei verdeutlichte der Beitrag eindrücklich die Relevanz erinnerungskultureller Diskurse für eine pluralistische und demokratisch verfasste Gesellschaft.

Die Frühjahrstagung 2025 des Arbeitskreises fand am 21. März 2025 in Kooperation mit der Stiftung Niedersächsisches Wirtschaftsarchiv am Standort des Niedersächsischen Landesarchives in Wolfenbüttel stand. Ziel der Tagung war es, aktuell laufende Forschungsarbeiten unter dem übergreifenden Titel »Regionale Wirtschaftsgeschichte im Zeitalter der Globalisierung« vorzustellen und zu diskutieren. In Ihrer Begrüßung führten Sabine GRAF und Christian HELLWIG zu Beginn der Veranstaltung in das Tagungsthema ein und hoben die Bedeutung regionaler Wirtschaftsarchive für die Erforschung regionaler wirtschaftshistorischer Fragestellungen hervor.

Im Anschluss gewährte Brage BEI DER WIEDEN im Rahmen eines einführenden Beitrages einen Einblick in die Aufgaben und Quellenbestände des Niedersächsischen Wirtschaftsarchivs. Dabei wurde deutlich, welche Relevanz diese Quellen für die Forschung und das Verständnis wirtschaftlicher Entwicklungen in Niedersachsen haben.

Dominik DOCKTER widmete sich in seinem Vortrag der Geschichte der Industrie- und Handelskammer zwischen 1932 und 1953 und stellte Zwischenergebnisse aus seinem aktuell laufenden Dissertationsprojekt vor. Dabei verdeutlichte er zum einen eindrücklich, wie bereitwillig sich die Mitglieder der Kammer nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten den neuen Begebenheiten anpassten und welche lang anhaltende Wirkmächtigkeit die exkulpierenden Selbstdeutungen der Akteure nach 1945 erlangten.

Marie HOLTINS Vortrag thematisierte die Rolle des Kurorts Bad Pyrmont unter der Herrschaft des Nationalsozialismus. Sie zeigte anhand der Ergebnisse ihrer Masterarbeit auf, wie die nationalsozialistische Politik Einfluss auf die Entwicklung des Kurorts nahm. Dabei verdeutlichte sie, wie das Spannungsfeld zwischen politischer Anpassung und wirtschaftlichen Interessen die städtische Gemeinschaft prägte.

2025 erschien unter dem Titel »Die Welfen und ihr Vermögen. Fürstliches Leben nach der Monarchie 1918-1953« die Dissertationsschrift von Gerrit HOLLATZ, in der sich der Historiker der Geschichte der Adelsfamilie im 20. Jahrhundert widmete. Im Rahmen der Frühjahrstagung beschäftigte sich Hollatz nun noch einmal dezidiert mit der Geschichte des Schlosses Marienburg unter einer wirtschaftshistorischen Perspektive und rückte die damit verbundenen Wandlungsprozesse in den Fokus seiner Ausführungen.

Paul Jacob MOERSENER stellte das internationale Filmarchiv Encyclopaedia Cinematographica (EC) aus wirtschaftshistorischer Perspektive vor. Die Sammlung war Bestandteil des in Göttingen ansässigen und 2010 aufgelösten Instituts für den Wissenschaft-

lichen Film. In der Folge wurde die Sammlung an die Technische Informationsbibliothek Hannover übergeben.

Krankheitsbedingt musste bedauerlicherweise der geplante Beitrag von Jonas SCHULZ (»Krisen und Krisenbewältigungsstrategien der Industriestadt Salzgitter in den 1980er Jahren«) entfallen. Zum Abschluss der Tagungsveranstaltung fasste Gudrun FIEDLER die zentralen Erkenntnisse der Tagung zusammen, ordnete die einzelnen Beiträge in den größeren Kontext der regionalen Wirtschaftsgeschichte ein und regte zur kritischen Reflexion über die vorgestellten Forschungsperspektiven an.

Kontakte

Sprecher

Dr. Christian Hellwig
Leibniz Universität Hannover
Institut für Didaktik der Demokratie
Callinstr. 20
30167 Hannover
Telefon: 0511/762 17447
hellwig@idd.uni-hannover.de

Stellv. Sprecher

Dr. Jens Binner
ZeitZentrum Zivilcourage
Osterstraße 46
30159 Hannover
Tel. 0511/168-44900
Jens.Binner@hannover-stadt.de

Schriftführer

PD Dr. habil. Rüdiger Ritter
Rasenweg 18
27580 Bremerhaven
Tel. 0152 27564916
RRitter@gmx.de

Arbeitskreis Geschichte der Juden

Das Jahr 2025 stand für den Arbeitskreis Geschichte der Juden im Zeichen des Aufbruchs – und des Rückblicks auf ein Vierteljahrhundert engagierter Arbeit. Nach einer Phase geringerer Aktivität wurde der AK personell und inhaltlich neu ausgerichtet. Dazu diente ein Jubiläumsworkshop am 9. Juli 2025 an der Ada-und-Theodor-Lessing-Volkshochschule in Hannover, der das 25-jährige Bestehen des Arbeitskreises würdigte und zugleich Impulse für die kommenden Jahre setzte.

Nach der Begrüßung durch Sebastian Musch hielten Marlis Buchholz und Jürgen Bohmbach einen gemeinsamen Vortrag unter dem Titel »25 Jahre AK Geschichte der Juden«. Darin berichteten sie von der Vorgeschichte und Entstehung des Arbeitskreises aus dem Publikationsvorhaben »Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen und Bremen«, zeichneten die Entwicklung »vom straffen Tagungsformat zum lockeren Austausch« im Zeitraum 1999–2024 nach und stellten auch Aktivitäten des AK außerhalb der Historischen Kommission vor.

Der Workshop richtete den Blick jedoch nicht nur auf die Vergangenheit, sondern auch auf gegenwärtige und zukünftige Projekte. Christa Pfeifer präsentierte in ihrem Vortrag »Es ist so gut, dass es euch gibt – Das Günter-Frank-Haus in Neuenhaus: Erinnerungs- und Begegnungsort an der Grenze zu den Niederlanden« die Arbeit und Verwirklichung des Günter-Frank-Hauses in Neuenhaus sowie die weiteren Pläne dieses vergleichsweisen jungen Ortes der niedersächsischen Erinnerungslandschaft.

Im Anschluss referierten zwei Nachwuchskräfte der Universität Osnabrück. Maik Hoops beleuchtete in seinem Vortrag »Antisemitische Konstruktionen des ›Nicht-Deutschen‹ in der Parteipresse der SRP 1949–1952«, eine nahezu vergessene Episode der Geschichte des Rechtsextremismus in der frühen Bundesrepublik. Dabei zeigte er auf, dass neonazistische Diskurse nach 1945 ihre völkischen Selbstbilder in enger Verflechtung mit antisemitischen Gegenbildern entwickelten, diese jedoch – im Vergleich zu den Diskursen der früheren Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts oder des 19. Jahrhunderts – in deutlich latentere und implizitere sprachliche Formen überführten. Annika Heyen stellte das Projekt »In Stein gemeißelt. Digital erfahrbare Erinnerungsdiskurse im Stadtraum von Niedersachsen und Osteuropa« vor und demonstrierte eine VR-Anwendung, die den Anwesenden einen direkten Einblick in die Möglichkeiten und Potenziale der Digital Humanities gab.

In der anschließenden Mitgliederversammlung wurde Sebastian Musch zum Sprecher des AK gewählt. Als stellvertretender Sprecher fungiert künftig Mirko Przystawik von der Bet Tfila – Forschungsstelle für jüdische Architektur in Europa (TU Braunschweig); Jürgen Bohmbach wurde als Schriftführer im Amt bestätigt.

In der abschließenden Diskussion wurde die Möglichkeit erörtert, die Arbeit des AK künftig durch ein jahresübergreifendes Thema zu fokussieren und perspektivisch auf

eine gemeinsame Publikation hinzuarbeiten. Besonders großes Interesse fand dabei der Themenbereich der jüdischen Geschichte nach 1945 bis in die Gegenwart, da hier aktuelle Entwicklungen der Jüdischen Studien aufgegriffen werden können und zugleich Forschungslücken in der niedersächsischen Landesgeschichte bestehen.

Des Weiteren wurde eine mögliche Online-Publikation der umfangreichen Dokumentation der Arbeit des AK in den letzten 25 Jahren diskutiert. Neben den Jahresberichten bieten hierbei vor allem die Rundbriefe, die teilweise auch Vortragstexte dokumentieren, eine wertvolle Quelle zur Geschichte des AK selbst, aber auch zur Entwicklung der wissenschaftlichen Arbeit an der Schnittstelle von jüdischer Geschichte und niedersächsischer bzw. bremischer Landesgeschichte. Sowohl die inhaltliche (Neu-)Ausrichtung durch ein jahresübergreifendes Thema als auch die mögliche Umsetzung der verschiedenen Publikationsvorhaben sollen bei einem weiteren Treffen des AK – voraussichtlich in der ersten Hälfte 2026 – weiter erörtert und beschlossen werden.

Davor findet der nächste Workshop des AK Geschichte der Juden zum Thema »Topographien religiöser Mehrheiten-Minderheiten-Konstellationen im historischen Vergleich« am 16.-17. Oktober 2025 in Kooperation mit der Bet Tfila – Forschungsstelle für jüdische Architektur in Europa und dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege statt. Im Mittelpunkt steht hierbei die Analyse baulicher Strukturen und räumlicher Netzwerke in Orts- und Stadtbildern der Neuzeit sowie deren Einfluss auf die Interaktionen, Grenzen und Formen der Koexistenz zwischen religiösen Minderheiten und Mehrheitsgesellschaften vom Zeitalter der Religionskriege bis zum Ersten Weltkrieg. Ein entsprechender CfP wurde über die Netzwerke des AK und der Historischen Kommission sowie über einschlägige Portale wie H-Soz-Kult verbreitet.

Kontakt

Sprecher

Dr. Sebastian Musch

Historisches Seminar/Institut für Migrationsgeschichte und interkulturelle Studien

Seminarstr. 19 a/b

Universität Osnabrück

49074 Osnabrück

E-Mail: sebastian.musch@uni-osnabrueck.de

Stellv. Sprecher

Dipl.-Ing. Mirko Przystawik

Bet Tfila – Forschungsstelle für jüdische Architektur in Europa

Pockelsstr. 4

Technische Universität Braunschweig

38106 Braunschweig

E-Mail: przystawik@tu-bs.de

Schriftführer

Dr. Jürgen Bohmbach

Hohenwedeler Weg 3

21682 Stade

juergen.bohmbach@gmx.de

Lothar III. – Ein Herrscher aus Sachsen

Tagung der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen in Braunschweig und Königslutter (10.-12. September 2025)

von ROBERT CONRAD UND JÖRG VOIGT

Aus Anlass der diesjährigen 900. Wiederkehr der Königswahl Herzog Lothars von Süpplingenburg veranstaltete die Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen in Kooperation mit dem Herzog Anton Ulrich-Museum, dem Braunschweigischen Landesmuseum, dem Institut für Geschichtswissenschaft der Technischen Universität Braunschweig, dem Braunschweigischen Geschichtsverein und dem Institut für Braunschweigische Regionalgeschichte die internationale Tagung »Lothar III. – Ein Herrscher aus Sachsen«, die vom 10.–12. September 2025 in Königslutter und Braunschweig stattfand. Die Tagung zielte auf eine Überprüfung und Neubewertung des aus dem sächsischen Adel hervorgegangenen Kaisers (reg. 1125–1137) im Spannungsfeld aus regionaler Verankerung, reichspolitischer Praxis und europäischer Verflechtung ab. Leitend waren dabei Fragen nach der Herkunft Lothars von Süpplingenburg, nach seinen familiären Netzwerken, den Handlungsspielräumen und der Herrschaftsausübung als Herzog, König und Kaiser sowie auch nach seinem Nachleben. Zu fragen war darüber hinaus, welchen Anteil Lothars III. Herrschaft an den weiterreichenden Entwicklungen seiner Zeit besaß. Die Tagungsorte – Königslutter mit der Grablege, die Burg Dankwarderode und die Kirche St. Aegidien in Braunschweig – trugen den inhaltlichen Schwerpunkten Rechnung und verbanden Memoria, Repräsentation und monastische Reform in räumlicher Nähe. Für die Ermöglichung der Abhaltung des ersten Tagungstages in der Stiftskirche zu Königslutter gilt besonderer Dank der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz, für die Öffnung der Burg Dankwarderode am zweiten und dritten Tag dem Herzog Anton Ulrich-Museum; die Katholische Pfarrgemeinde St. Aegidien stellte zudem ihre Kirche großzügig für einen Abendvortrag zur Verfügung. Die Tagung wurde durch die namhafte finanzielle Förderung der Stiftung Niedersachsen, der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz und des Landes Niedersachsen ermöglicht.

In ihrem einleitenden Grußwort betonte Maria-Rosa BERGHAHN (Direktorin der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz) die Bedeutung der Geschichte als Brücke in die Gegenwart und als Orientierungshilfe für eine demokratische Gesellschaft. Sie hob die enge Zusammenarbeit mit den Partnerinstitutionen hervor, durch die das gemeinsame kulturelle Erbe sichtbar gemacht werde. Henning STEINFÜHRER (Vorsitzender der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen) dankte allen Kooperationspartnern, den Referentinnen und Referenten, dem Publikum sowie Katharina Beichler

vom Kulturmanagement der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (Kaiserdom Königslutter) für ihre Unterstützung bei der Durchführung des ersten Konferenztages. Thomas Scharff (Professor für Mittelalterliche Geschichte an der TU Braunschweig) stellte die Genese der Tagung vor, würdigte die Tagungsorte und hob die gute Kooperation zwischen der TU Braunschweig und dem Stadtarchiv in allen Etappen der Tagungsvorbereitung hervor. Zentraler Ausgangspunkt für die Planungen war die Tatsache, dass in der Geschichtsforschung bis auf wenige Ausnahmen, wie die grundlegenden Studien und Quelleneditionen von Wolfgang Petke, Lothar III. von Süpplingenburg wenig Aufmerksamkeit zukommt. Dies wird besonders im Vergleich zu Heinrich dem Löwen deutlich, der fester Bestandteil sowohl der wissenschaftlichen Forschung als auch der Erinnerungskultur ist. Dass dieser Ansatz auf ein so positives und breites Echo bei den Vortragenden bzw. den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tagung stieß, verweist auf die Notwendigkeit, Lothar III. in den aktuellen Forschungsdiskurs einzubinden.

In der Sektion I wurde der Schwerpunkt auf Lothar III. und die Stiftskirche zu Königslutter gelegt. Zu Beginn untersuchte Harald WOLTER-VON DEM KNESEBECK (Bonn/Vortragstitel: »Überlegungen zu den hochmittelalterlichen Bildwerken und Bildprogrammen der Klosterkirche Königslutter«) die ikonographische Disposition der Kirche und die Spannungen zwischen romanischer Erstausstattung und historistischer Übermalung des 19. Jahrhunderts (Adolf Quensen nach Entwürfen von August von Essenwein, auf Wunsch Prinz Albrechts von Preußen). Im Zentrum stand die um 1135/41 entstandene Apsisausmalung. Wolter-von dem Knesebeck rekonstruierte eine bewusst reduzierte Deësis – Christus in der Mandorla, flankiert von Petrus und Paulus sowie (wahrscheinlich) Johannes dem Täufer –, die sich auf die liturgisch entscheidende Hauptapsis konzentriert. Die Zurücknahme eines umfassenderen Bildprogramms erklärte er mit einem »Gönnerverlust«: Mit dem Tod der Kaiserinwitwe Richenza 1141 brach die kaiserliche Patronage ab; was begonnen war, wurde priorisiert fortgeführt, anderes nicht mehr angesetzt. An den Außenwänden interpretierte er die Jagdlogiken – Eber- und Hirschjagd sowie die bewusst »unideale« Hasenjagd – als moralkritische Bilder, die höfische Übersteigerung kommentieren und an norditalienische Portalskulpturen (San Zeno/Verona) anknüpfen, in ihrer Reduziertheit aber letztlich als »unitalienisch« zu betrachten seien. Besondere Aufmerksamkeit galt dem »Lämmerlauf«: sieben Tauben, als Gaben des Heiligen Geistes, bewegen sich auf das Lamm Gottes zu. Diese Konstellation, die Wolter-von dem Knesebeck mit Alt-St. Peter in Rom verband, verschränkt pneumato-logische Deutung (Pfingsten) mit dem Täuferbezug der Deësis und dem ortsspezifischen Memorialanspruch. Gerade hier wurde die Grundfrage der Sektion sichtbar gemacht: Ob die Schlichtheit des Programms im Äußeren (Anklänge an die Niccolò-Schule) und die Konzentration im Inneren (Apsis) einer asketischen Programmatik folgen oder vor allem Folge des Gönnerverlusts sind, blieb bewusst offen.

Die architektonische Grammatik des Baus stellte Bernd NICOLAI (Bern/Vortragstitel: »Der Bau der Grabeskirche von Königslutter – Zwischen imperialem Anspruch und Reformmönchtum«) in einen weiträumigen Zusammenhang. Er wies den seit dem 19. Jahrhundert geläufigen Begriff »Kaiserdom« zurück: Königslutter sei keine Kathe-

drale ohne Bischof, sondern eine reformmonastische Abteikirche mit imperialer Aufladung. Die Baugestalt ist durch eine strenge Ordnung aus drei Absidien des Ostbaus, monumentale Quaderformate und eine plastisch akzentuierte Apsiszone bestimmt. Hirsauer Raumdispositionen (wie beispielsweise auch in Ilsenburg, Hamersleben und Paulinzella) werden in eine Syntax übersetzt, die lombardische Bauplastik aufnimmt (Löwenportal-Typus, Blatt- und Bandornament), ohne bloßer Import zu sein. Das oft genannte Verwandtschaftsverhältnis zum Stufenportal mit eingestellten Säulen in Thüringen und Sachsen deutete Nicolai nicht als Kopie, sondern als Indiz einer simultanen Übersetzung von Formideen in verschiedenen Reformkontexten. Der doppelschiffige Kreuzgang, der zisterziensische Baustile rezipiert (wie in Walkenried und dessen Filialabtei Pforte), demonstriert die Aufnahme und Weiterentwicklung klösterlicher Raumpraxis. Die Wahl besonders hochwertigen Steinmaterials und der großformatigen Quader – im Ostbau besonders evident – erzeugt, so Nicolai, eine bewusst austarierte Würdeformel; die Apsisplastik fungiert als »Sinnspeicher« der Anlage. Königslutter erscheine so als Laboratorium: ein Ort, an dem Reformarchitektur, regionale Bautradition und kaiserliche Repräsentation zu einer eigenständigen Sprechweise verschmelzen.

Von der Form zur Memoria führte der Beitrag von Bernd PÄFFGEN (München/Vortragstitel: »Tod und Grablegung Kaiser Lothars«). Er zeichnete die letzten Wochen des Herrschers und den Transport des Leichnams über Tirol nach. Schriftliche Zeugnisse und archäologische Funde – Textilien, Haar- und Hautreste, Harz- und Gewürzspuren – sprechen für eine aufwändige Konservierung. Die ältere These einer »Kochung« relativierte Päffgen deutlich: Ein solches Verfahren sei eher bei sehr langen Wegen in der Sommerhitze (Kreuzzüge) anzunehmen; im Fall Lothars deute vieles auf eine schone Dörrung im Backofen hin. Die naturwissenschaftlichen Analysen und Materialien der Graböffnungen aus den 1970er Jahren wurden mittels neuer Verfahren geprüft. Dabei ließ sich u.a. feststellen, dass der Kaiser in einen karmesinfarbenen Prunkmantel gehüllt war, dessen intensive Färbung durch beigemengten, kostengünstigen Krapp erzielt wurde – ein Detail, das repräsentativen Anspruch und pragmatische Kostenkalkulation verbindet. Weitere Ergebnisse der neuen Analysen seien zu erwarten. Die Beisetzung »in medio ecclesiae« und das spätromanisch-frühgotische, nicht zeitgenössische Grabmal unterstreichen Königslutter als Ort, an den politische Repräsentation, liturgische Bedeutung und dynastische Memoria auf Dauer gestellt wurden.

Knut GÖRICH (München/Vortragstitel: »Der Rang des Herrschers – Lothar III. in Krieg und Frieden«) legte in seinem Abendvortrag eine Deutung des Rangs als sozial-kommunikatives Instrument vor. Lothar habe keine neuen Rituale geschaffen, sondern etablierte Formen – etwa Deditio, Stratordienst, Sitzordnungen, Geschenkausch und die Inszenierung von Hoftagen – gezielt komponiert, um *dignitas, honor* und *reverentia* sichtbar zu machen. Anhand von Fallbeispielen zeigte Görich, wie symbolische Kommunikation Herrschaft und Ordnung stabilisierte: Nach seiner Wahl zog Lothar gegen den böhmischen Herzog Boleslaw, dessen demonstrative Demutsgesten zwar Unterwerfung signalisierten, tatsächlich aber ein beiderseitiges »Gesichtswahren« ermöglichten. Ähnliche Ranginszenierungen zeigten sich bei der Unterwerfung Friedrichs und Konrads

vor König und Königin – Friedrich trat barfuß vor Richenza –, sowie im Stratordienst Lothars für Papst Innozenz II., bei dem der Kaiser Zügel und Steigbügel hielt, um zugleich Demut und Rangbewusstsein zu vereinen. Auch Sitzordnungen – etwa Petrus Diaconus' dreimal erwähnte Platzierung neben dem Kaiser – und Geschenktausch-handlungen, wie auf dem Hoftag zu Merseburg, fungierten als präzise abgestimmte Rangsignale. Im zweiten Teil wandte sich Görich Lothars Italienzügen zu. Der Adventus in Benevent (Juli 1137), bei dem Richenza stellvertretend für den Kaiser auftrat, war Ergebnis sorgfältiger Aushandlung: Ihr feierlicher Einzug diente der Darstellung kaiserlicher Präsenz, ohne die päpstliche Stadtherrschaft in Frage zu stellen. Ebenso wurde bei der Investitur Rainulfs von Alife zum Herzog von Apulien ein beiderseitiger Akt von Kaiser und Papst inszeniert, der symbolisch das Gleichgewicht der Gewalten bewahrte und als Ergebnis von vor Ort nicht lösbar Konflikten zwischen Kaiser und Papst zu betrachten sei. Besonders eindrücklich schilderte Görich den Streit um Montecassino: Trotz des zweiwöchigen Konflikts zwischen Lothar und Innozenz II. gelang schließlich ein gesichtswahrender Kompromiss – ein Beispiel dafür, dass selbst die »Bitten« eines Kaisers als Befehle galten, ohne die fragile Ordnung der Rangbeziehungen zu verletzen. Görichs Analyse verdeutlichte, dass Ehre im Mittelalter kein moralischer, sondern ein sozialer Begriff war – ein öffentlich ausgehandeltes Interaktionsprodukt. Rang und Ehre manifestierten sich in rituellen Akten, die Macht, Loyalität und Einvernehmen in größtmöglicher Öffentlichkeit sichtbar machten.

Am zweiten Tag der Tagung, die nun im Rittersaal der Burg Dankwarderode in Braunschweig fortgesetzt wurde, wo Thomas RICHTER (Direktor des Herzog Anton Ulrich-Museums) die Anwesenden begrüßte, standen zunächst »Familie, Herkunft, Herrschaftsgrundlagen« (Sektion II) im Zentrum. Gudrun PISCHKE (Göttingen/Vortragstitel: »Wer war Graf Lothar, später Herzog und König? Herkunft – Verwandte – Besitz«) rekonstruierte eine genealogische Matrix, in der brunonische, northeimische und haldenslebene Linien sowie Verbindungen nach Formbach/Winzenburg Lothars Aufstieg ermöglichten. Pischke band den Großvater Lothars, der in den Quellen als Fürst von Braunschweig begegnet, an die Brunonen an. Die Dichte und der Rang der Beziehungen (der Heilige Brun von Querfurt wurde hervorgehoben) – dokumentiert u.a. durch die Lippoldsberger Nonnenurkunde – erklären, wie aus einem Grafen an der unteren Leine durch Verwandtschaft und mehrere Erbgänge ein Kandidat für die Königswahl werden konnte. Dabei traten weibliche Erblinien als Trägerinnen von Besitz, Patronage und Memoria hervor, die politischen Handlungsspielraum eröffneten.

Robert CONRAD (Wunstorf/Vortragstitel: »Richenza von Northeim. Zur Bedeutung der Gemahlin für die Herrschaft Lothars III.«) profilierte Richenza als bedeutende *censors*. In Urkunden, Verhandlungen und gerichtlichen Verfahren erscheint sie als Mitregentin, die sich auffällig für die Einholung des Fürstenkonsenses verwendet und so zu *pax* und *concordia* der Herrschaftszeit beiträgt. Besondere Aufmerksamkeit fanden ihre Tätigkeiten während des zweiten Italienzugs: In Reggio (1136) und Isola della Scala (1137) markieren Formeln wie »cum resideret domina Reginza imperatrix« präsidiale Sitz- und Verfahrenshoheit. In den heiklen Auseinandersetzungen um Benevent und

Montecassino tritt sie als *pacifica imperatrix* hervor, die Konflikte in Verfahren überführte und dabei die Funktionslogik eines konsensualen Kaisertums stützte. Conrad verwies zudem auf die umfangreiche Sorge für Lothars und die eigene Memoria und weitete abschließend den Blick auf die Bedeutung Richenzas für ihren Enkel Heinrich den Löwen, dem sie posthum mehrfach als Bezugspunkt der Herrschaftslegitimation diente.

Die Sektion III hatte »Lothar III. als sächsischer Herzog« zum Thema. Caspar EHLERS (Frankfurt am Main/Vortragstitel: »Einfluss durch Beratung. Wissensgemeinschaften im Umfeld Lothars III.«) verschob den Fokus von Biographien zu Strukturen. Im Mittelpunkt stand das Personal des Reiches im Umfeld Lothars III., das er anhand von prosopographischen Daten und ausgewählten »Knotenpunkten« untersuchte. Bereits für die Zeit vor 1112 lassen sich Verbindungen innerhalb dieser Personengruppen nachweisen, die in der Spätzeit Heinrichs V. entstanden und während Lothars Königsherrschaft fortwirkten. Die auf einer Datenbank mit über zweihundert Akteuren basierende Auswertung machte Stabilität und Wandelbarkeit der als Wissensgemeinschaften (»gemeinsames Wissen und Wollen«) verstandenen Beraterkreise sichtbar. Rund 23 Personen, die an ausgewählten sächsischen Hoftagen teilnahmen, bildeten ein eng verflochtenes, häufig auch verwandtschaftlich verbundenes Umfeld. Ehlers konnte damit frühere Befunde Wolfgang Petkes bestätigen und durch neue prosopographische Evidenz erweitern. Ein Exkurs führte nach Magdeburg: Hier verbanden sich mit Erzbischof Norbert von Xanten und Bischof Anselm von Havelberg zentrale Akteure der Reformbewegung. Magdeburg und das Kloster Berge erscheinen als Wissensräume, in denen sich gelehrt Tradition, liturgische Praxis und Nähe zum königlichen Hof – etwa zu Richenza – überlagerten.

Arnd REITEMEIER (Göttingen/Vortragstitel: »Lothars Herrschaft in Sachsen – Lothar in der sächsischen Chronistik«) verband in seinem Vortrag eine quellenkritische Analyse mit einer Binnenperspektive auf Sachsen. Reitemeier fragte nach dem Verhältnis Lothars zu Sachsen vor seiner Königserhebung und hob hervor, dass Lothar auf eine weitgehend geschlossene Herrschaftsbasis zurückgreifen konnte. Diese umfasste bedeutende Besitzungen, reiche Einnahmequellen – etwa aus Goslar und dem Rammelsberg – sowie stabile militärische und politische Strukturen. Aufstände blieben aus und die Zusammenarbeit mit den Bischöfen und Domkapiteln funktionierte gut. Sein Hofwesen blieb fest in der Region verankert, was sich auch in der geographischen Ausrichtung seiner Hoftage zeigte. In der späteren sächsischen Chronistik, die seit dem 13. Jahrhundert zunehmend eigenständige Geschichtsbilder entfaltete, verlor Lothars Herrschaft jedoch an Profil. Chronisten der Reformationszeit – etwa Melanchthon – zeichneten ein negatives Bild, in dem Lothar als dem Papst unterwürfig und politisch schwach galt. Diese protestantisch geprägte Sicht, die »Freiheit« in Abgrenzung zur Kurie verstand, verdrängte die Erinnerung an Lothars politische Eigenständigkeit. So wurde er in der Wahrnehmung als Herzog erfolgreich, als König jedoch blass, zumal die lange Herrschaft Friedrichs I. Barbarossa ihn überlagerte. Reitemeier plädierte daher für eine Neubewertung, die die sächsische Komponente als konstitutiv für Lothars Herr-

schaft begreift und die von späteren Deutungsmustern überlagerte Eigenfarbe seiner Regierung wieder sichtbar macht.

Gerhard LUBICH (Bochum/Vortragstitel: »Lothar III. – Ein ›normaler‹ König? Kontexte und Vergleiche«) eröffnete die vierte Sektion der Tagung, die sich der »Königswahl und Durchsetzung als König« widmete und untersuchte die Nachfolgeregelungen. Lubich stellte Lothar in die lange Reihe der Könige zwischen 911 und 1197. Den heuristischen Begriff »Normalität« band Lubich an zahlreiche Vergleichsaspekte nach Björn Weiler (Paths to Kingship in Medieval Latin Europe, Cambridge 2021), deren Durchschnittswerte gleichsam als Normalität betrachtet wurden. Diese Herangehensweise half, typische Strukturelemente – etwa Konflikte beim Amtsantritt, Gegenkönige, Schisma, Italienzüge – von biographischen Besonderheiten zu trennen. Das Ergebnis: Lothars Herrschaft und ihre Herausforderungen können als normal angesehen werden. Besonderheiten ergeben sich im hohen Antrittsalter – im Wahlalter Lothars war der durchschnittliche deutsche König bereits verstorben – sowie in der schwachen dynastischen Einbindung und der fehlenden Vita im Umfeld eines Königsgeschlechts. Als auffallenden Aspekt im Echo der Zeit wies Lubich auf die Lotharische Legende hin, wonach Lothar 1135 das römische Recht im Reich eingeführt habe.

Thomas VOGTHERR (Pattensen/Vortragstitel: »Vorkehrungen Kaiser Lothars III. für die eigene Nachfolge – Die Vision eines welfischen Königstums«) richtete dann den Blick auf die Regelungen nach dem Tod des Kaisers im Jahr 1137. Zunächst schien sein Schwiegersohn Heinrich der Stolze als Nachfolger gesetzt, da er die Reichsinsignien erhalten hatte. Die Übertragung der Insignien war zwar keine formelle *designatio de futuro*, doch als deutlicher Hinweis auf seine Nachfolge gedacht. Dass die Wahl dennoch nicht auf ihn, sondern auf den Staufer Konrad III. fiel, wird auch auf Heinrichs Überheblichkeit (*superbia*) zurückzuführen sein, vor allem auf seine politische Isolation, die jedoch nicht von Beginn an bestand. Bereits im Jahr 1125 dürften sich Lothar III. und Heinrich der Schwarze, der Vater Heinrichs des Stolzen, über eine künftige Kooperation abgestimmt haben. Verheiratet mit Heinrich dem Stolzen wurde Gertrud, Lothars Tochter, wodurch Heinrichs Position innenpolitisch gestärkt wurde. Heinrich erhielt Sachsen und die Mathildischen Güter, stärkte so seine Machtbasis. 1133/34 trat Heinrichs Einfluss deutlicher in Erscheinung, doch blieb er politisch umstritten. Papst Innozenz II. bestätigte 1133 die Lehenvergabe, stärkte aber auch die kirchliche Seite gegen einen Staufer-Erbanspruch. Zwar festigte der Italienzug 1136–1137 Heinrichs Position, doch folgte auf Lothars Tod 1137 kein automatischer Thronwechsel. In der Forschung bestehen unterschiedliche Deutungen über Designation bzw. implizite Nachfolgesignale; auch die Darstellung Heinrichs als quasi legitimer Nachfolger ist umstritten und stark politisch belastet. Insgesamt endete Lothars III. Versuch, ein welfisches Königstum aufzubauen, mit der Wahl des Staufers Konrad III.

In der fünften Sektion zur Reichspolitik nach Regionen richtete zunächst Oliver AUGE (Kiel/Vortragstitel: »Weichenstellungen unter sächsischer Prämisse: Lothar III. und der Raum nördlich der Elbe«) den Blick nach Norden und zeichnet Lothars Politik in diesem Raum als Grenz- und Integrationspolitik nach. Deutlich wird, dass Lothar in

dieser Region auf eine sächsisch geprägte Politik setzte, die bewusst an die Tradition der Billungerherzöge anknüpfte, sich jedoch zugleich eigenständig weiterentwickelte. Früh setzte Lothar treue Gefolgsleute wie Adolf von Schauenburg ein, um Einfluss in Nordelbingen zu sichern. Besonders hervorzuheben ist sein Eingreifen in die dänische Thronfolge durch die Unterstützung Knud Lavards: Dessen Erhebung zum *rex Obotritorum* 1129 diente nicht nur der Stabilisierung der Ostgrenze, sondern auch einer indirekten Kontrolle Dänemarks. Nach Knuds Ermordung 1131 unternahm Lothar zwei militärische Interventionen (1131, 1134), die ihn zeitweise in eine Vorrangstellung gegenüber dem dänischen Königtum brachten. Parallel trieb Lothar die wirtschaftliche und missionarische Erschließung Wagriens voran: Durch Privilegien für gotländische Kaufleute, den Bau der Burg Segeberg sowie die Gründung des Augustiner-Chorherrenstifts Segeberg in Zusammenarbeit mit Vicelin und dem Bremer Erzbistum schuf er entscheidende Grundlagen für die spätere Integration des Slawenlands. Der Vortrag unterstreicht, dass Lothars Politik im Norden nicht nur kurzfristig sicherungspolitische Ziele verfolgte, sondern langfristig die strukturellen Voraussetzungen für den Aufstieg der Schauenburger, die Christianisierung Ostholsteins und letztlich auch für den hansischen Fernhandel schuf. Der im Anschluss daran vorgesehene Vortrag von Enno BÜNZ (Leipzig/Vortragstitel: »Lothar III. und das östliche Sachsen«) entfiel, ist aber für den Tagungsband vorgesehen.

Jürgen DENDORFER (Freiburg i. Br./Vortragstitel: »Lothar III. und der Süden des Reiches«) richtete den Blick auf das südliche Reichsgebiet – besonders auf Schwaben und Bayern. Dort konnte Lothar zunächst keine stabile Königsherrschaft etablieren. Sein Itinerar zeigt zwar häufige Aufenthalte in zentralen Städten wie Straßburg, Würzburg und Bamberg, doch die dortige Urkundentätigkeit und Fürstenbeteiligung blieben gering. Die Auseinandersetzung mit den staufischen Herzögen Friedrich und Konrad prägte die erste Hälfte seiner Regierungszeit. Militärisch entscheidend waren die Kämpfe um Speyer, Nürnberg und Ulm (1127–1134). Lothars Erfolg beruhte weniger auf bestehenden Netzwerken als auf gezielter Machtpolitik: Er setzte lokale Bischöfe ein und übertrug Bayern faktisch seinem Schwiegersohn Heinrich dem Stolzen. Erst nach dem Sieg über die Staufer 1135 konnte Lothar begrenzt Einfluss im Süden festigen. Insgesamt war seine süddeutsche Herrschaft eher durch militärische Präsenz, die situative Optionen nutzte, die sich aus gegnerischen Schwächen ergaben, als durch kontinuierliche königliche Autorität geprägt.

Die öffentliche Abendveranstaltung fand in der Kirche St. Aegidien in Braunschweig statt und wurde mit der Verleihung des Preises für Niedersächsische Landesgeschichte 2025 eröffnet, der von der Historischen Kommission und der Stiftung Niedersachsen ausgelobt wurde. Dieser Preis wurde Frau Dr. Carolin TRIEBLER von der Universität Aachen für Ihre Dissertation »Die Billunger. Agieren der Herzöge in Sachsen und den Kontakträumen nordöstlich der Elbe« verliehen. Nach einer Würdigung der Leistungen dieser herausragenden Dissertation, die in der Schriftenreihe der Historischen Kommission erscheinen wird, durch Gesa SCHÖNERMARK (Hannover, Stiftung Niedersachsen) und Henning STEINFÜHRER sowie Dankesworten der Preisträgerin zeigten Gaby KUPER

und Heike PÖPPELMANN (beide Braunschweig/Vortragstitel: »Mönche, Manuskripte und Memoria – Das Kloster St. Aegidien«), wie Architektur, Bauplastik und Reliquienbezüge St. Aegidien als Erinnerungsort profilierten. Gaby Kuper zeichnete die Gründungsgeschichte des Braunschweiger Klosters St. Aegidien nach, indem sie die Urkunde Lothars III. vom Jahr 1134 einer quellenkritischen Analyse unterzog. Das Kloster war durch Gertrud von Braunschweig, die Mutter Richenzas, gegründet und in ihrer sowie ihrer Kinder und Lothars Gegenwart am Aegidientag (1. September) 1115 geweiht worden. Als Patrone fungierten Maria, Ägidius und Auctor. Nach Gertruds Tod ging das Kloster an Pfalzgräfin Gertrud, Richenzas Schwester, über, die es weiter ausstattete. Lothar habe das Kloster anschließend von dieser gegen anderen Besitz eingetauscht und es unter seine Herrschaft gestellt. Die Urkunde bestimmte, dass die Vogtei von einem seiner Ministerialen ausgeübt und künftig stets von jenem seiner Erben verwaltet werden solle, der die Burg Dankwarderode innehabe. Als besondere Eigenheit der Urkunde hob Kuper hervor, dass sie im Jahr 1134 noch das erste Königssiegel Lothars trug, das eigentlich bereits 1131 durch ein neues ersetzt worden war, während seit 1133 bereits das Kaisersiegel in Gebrauch stand. Die Erklärung hierfür liege in der Person des Mönchs Thietmar, des Rekognoszenten der Urkunde, der 1131 aus der Kanzlei ausgeschieden war und vermutlich in sein Stammkloster St. Aegidien zurückgekehrt sei – mitsamt dem Siegel, mit dem er zuvor Urkunden beglaubigt hatte. Dass dieses Siegel im Jahr 1134 erneut verwendet wurde, sei durch die Kanzlei gebilligt worden und begründe keinen Fälschungsverdacht. Kuper schloss mit Beobachtungen zum Manuskriptbestand von St. Aegidien sowie zu den Verbindungen des Klosters mit anderen brunonisch-welfischen Institutionen in Braunschweig.

Heike Pöppelmann widmete sich der baulichen und kunsthistorischen Gestalt des Klosters St. Aegidien in Braunschweig. Das auf etwa 77 Metern Höhe gelegene Kloster befindet sich am höchsten Punkt der Stadt. Die Anlage, dreischiffig und querhauslos, mit drei halbrunden Apsiden und einer Gesamtlänge von 46 Metern, folgt in ihrem architektonischen Grundkonzept den Vorbildern der Klöster Bursfelde und Ilsenburg. Der Gründungskonvent stammte ebenfalls aus Bursfelde. Die Kapitelle orientieren sich stilistisch an Königslutter und datieren in die zweite Hälfte des 12. Jahrhunderts. In diesem Zusammenhang verwies Pöppelmann auf architektonische Bezüge zur Burg Dankwarderode, die Heinrich der Löwe zwischen 1166 und 1173 umbauen ließ. Das Evangeliar Heinrichs des Löwen und Mathildes von England stehe, so Pöppelmann, ebenfalls mit dem Kloster in Beziehung: Neben St. Blasius als Patron des Kollegiatstifts ist auch St. Aegidius, der Namenspatron des Klosters, dargestellt. Abschließend stellte Pöppelmann das Abtgrab Nr. 5 vor, das durch seine Ausstattung mit bischöflichen Insignien (Mitra, Kasel, Stola, Albe und Abtsstab mit Wolf-und-Kranich-Darstellung) hervorsticht. Während einige Grabbeigaben in die Mitte bis Ende des 12. Jahrhunderts datieren, gehören andere in die Zeit vom späten 13. bis zum 15. Jahrhundert.

Der dritte Tag bündelte zunächst die internationalen Bezüge Lothars III. (Sektion VI). Martin WIHODA (Brünn/Vortragstitel: »Lothar III. und die böhmischen Přemysliden – Neue Bündnisse und alte Netzwerke im Osten des Reiches«) ging den Beziehungen

zwischen Lothar III. und Herzog Soběslav I. von Böhmen nach. Der Blick fiel zunächst auf die Niederlage König Lothars bei der Schlacht von Kulm 1126 gegen Soběslav, die nicht nur den Beginn von Lothars Herrschaft überschattete, sondern auch die politische Landschaft im östlichen Teil des Heiligen Römischen Reiches maßgeblich prägte. Trotz der Niederlage gelang es Lothar, durch geschickte Diplomatie und Bündnisse mit den Přemysliden, die auf Ausgleich statt Hegemonie abzielten, seine Position zu stabilisieren. Die gegenseitige Abhängigkeit führte zu einer engen Zusammenarbeit, die sich in gemeinsamen Feldzügen und politischer Unterstützung niederschlug. Wichtig sind dabei die Hoftage in Merseburg, Bamberg und Nürnberg, die ab 1135 zentrale Orte der Machtpolitik wurden und die Beziehungen zwischen Böhmen, dem Reich und seinen Nachbarn Polen, Ungarn und Dänemark regelten. Die Přemysliden gewannen dadurch an Bedeutung als loyale Partner, ohne jedoch die Dominanz des Kaisers infrage zu stellen. Wihoda las diese Phase als »Renovierungswerk« im Osten, in dem die Reichsmitte Bindungen gewann und die Peripherie Anerkennung auf Gegenseitigkeit erhielt.

Zbigniew DALEWSKI (Warschau/Vortragstitel: »To be a part of the Empire or not to be? Bolesław III Wrymouth of Poland and Lothar III.«) schloss mit einem Blick auf die Entwicklungen in Polen an. An den Beginn stellte er eine Chronik aus dem frühen 12. Jahrhundert, deren Abfassung einem gewissen Gallus zugeschrieben wird; darin werden die Auseinandersetzungen zwischen dem polnischen Herzog Bolesław III. Schiefmund und dem Heiligen Römischen Reich, insbesondere mit Kaiser Heinrich V., um die Unabhängigkeit Polens thematisiert. Im Zentrum steht die Ablehnung von Tributzahlungen und imperialer Oberhoheit, die Gallus als unvereinbar mit der Freiheit Polens darstellt und demgegenüber ein konsensual gestaltetes Verhältnis zum Reich favorisiert. Diese Konzeption spiegelt sich auch in Bolesławs Begegnung mit Kaiser Lothar III. 1135 in Merseburg. Obwohl Bolesław Huldigung leistete und Tribut zusagte, interpretiert die symbolische Inszenierung – insbesondere sein feierlicher Einzug in Magdeburg – das Verhältnis als eines der Würdigung und wechselseitigen Anerkennung. Letztlich blieb jedoch der Versuch, Polen dauerhaft in eine neue imperiale Ordnung einzubinden, erfolglos. Nach dem Tod der beiden Herrscher kehrten beide Seiten zu flexiblen, pragmatischen Beziehungen zurück, in denen Polen seine faktische Unabhängigkeit bewahrte. Der Blick auf polnische und reichsdeutsche Chroniken zeigte, dass Lothar nicht als Eroberer, sondern als Garant einer überregionalen Ordnung auftrat: Zugehörigkeit wurde symbolisch und rechtlich markiert, ohne strukturelle Inkorporation. Beide Vorträge verdeutlichten, dass Lothars Ostpolitik auf Konsens setzte und damit eine noch fragile, aber belastbare Form politischer Zugehörigkeit schuf.

Jörg VOIGT (Hannover/Vortragstitel: »Paptschisma, Kaiserkrönung und Territorialpolitik – Lothar III. und Italien«) bot eine Synthese der Italienpolitik Lothars III. Bei beiden Italienschlachten 1132/33 und 1136/37 verfolgte er zum einen militärische Ziele, wie zunächst die Durchsetzung seiner Ansprüche in den Mathildischen Gütern, gerade auch vor dem Hintergrund des Gegenkönigs Konrad III. von Staufen, zum anderen nahmen ihn weiterhin die Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Schisma zwischen den Päpsten Innozenz II. und Anaklet II. sowie die Kämpfe gegen die in Süditalien

zunehmend dominierenden Normannen in Anspruch. Doch waren auch rechtliche und rituelle Handlungen zentraler Bestandteil – hier in erster Linie die Kaiserkrönung in Rom im Jahr 1133. Sichtbar wurde dabei auch die konsortiale Dimension: Richenza trat als Richterin und Mittlerin zwischen Papsttum und Imperium auf.

Die siebte Sektion war dem Nachleben des Kaisers gewidmet. Thomas SCHARFF (Braunschweig/Vortragstitel: »Lothar III. in Historiographie und Erinnerungskultur«) widmete sich dem Nachleben des Kaisers, vor allem mit Fokus auf seine Rezeption in Braunschweig. Dort tritt Lothar III. öffentlich nur am Laubengang des Altstadtrathauses in Erscheinung, das aller Wahrscheinlichkeit nach in das dritte Viertel des 15. Jahrhunderts datiert werden kann. Das Figurenensemble, in dessen Mitte Lothar positioniert wurde, zeigt zu seiner Rechten vier Ottonen und zu seiner Linken vier Welfen; auf eine Darstellung von Kaiserin Richenza wurde verzichtet. Die Absicht des selbstbewussten Stadtrates war es, sechs aufeinanderfolgende Kaiser zu präsentieren, die sich als Herren und Beschützer der Stadt Braunschweig verdient gemacht hatten. Von diesem Beispiel ausgehend, das die Deutung und Darstellung von Lothar III. in eine umfassendere Geschichtskonzeption einbettet, wurde der Blick anschließend in das 19. und 20. Jahrhundert gerichtet. Auch wenn es nicht überrascht, so zeigt sich jedoch am Beispiel Lothars III. sehr klar, wie die einschlägigen mittelalterlichen Quellen und frühneuzeitlichen Chroniken in den Diskursen des 19. und 20. Jahrhunderts interpretiert wurden – hier vor allem im Vergleich zu Kaiser Otto IV., weiterhin in Anbetracht des Investiturstreits und in seiner Rolle als Wegbereiter der Welfen. Lothars Regentschaft und Nachwirken wurden stark dynastie- und kirchengeschichtlich bewertet und daher von den ruhmreichen Herrschergestalten der staufischen Epoche überstrahlt. Dieses historische Urteil greift bis heute, weswegen Lothar III. in Braunschweig weitgehend isoliert steht.

Christoph F. WEBER (Braunschweig/Vortragstitel »Lotharbilder«) ging schließlich den Entstehungskontexten und Darstellungsabsichten der bildlichen Repräsentation von Lothar III. nach. Ausgewertet wurden zahlreiche Beispiele, vor allem Beinamen, Siegel, Münzen, Urkunden und memoriale Formen. Die Münz- und Siegelbildnisse zeigen Lothar als Fürsten mit Herrschafts- und Rechtszeichen, wobei die Bildtypen häufig wechseln und variieren; er erscheint hier sowohl als Krieger als auch als Ritterheiliger. Mit Blick auf die Urkundenpraxis wurde die Herrschaftsrepräsentation anhand der Rekognitionssignete und verschiedener Monogrammvarianten verdeutlicht. In der Memorialüberlieferung und den späteren Bildtypen wird Lothar als Kaiser und Stifter dargestellt. Besonders auffällig ist seine genealogische Verortung als Vorfahre der Welfen, was die dynastische Kontinuität und Legitimitätsstrategien unterstreicht. Untersucht wurden zudem die Beinamen, die als Unterscheidungskonstrukte fungieren. Sie strukturieren das Herrschaftsbild und schaffen Identifikations- und Differenzierungsmöglichkeiten innerhalb dynastischer Zusammenhänge. Somit unterliegen die Lotharbilder einer stetigen stilistischen Wandlung, die von der jeweiligen funktionalen Rolle abhängt.

In seiner Zusammenfassung bündelte Henning STEINFÜHRER die Ergebnisse der einzelnen Vorträge, dankte den Referentinnen und Referenten sowie den Kooperations-

partnern und würdigte den intensiven Austausch, der sich in inhaltlich sehr ertragreicher und atmosphärisch sehr angenehmer Weise durch die drei Tagungstage zog. Abschließend verwies er darauf, dass die Beiträge der Tagung in einem Sammelband in der Schriftenreihe der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen publiziert werden, dessen Erscheinen für das Jahr 2027 geplant ist.

In der Gesamtschau, so ein erstes Fazit der Tagung, erscheint Lothar III. als Herrscher, dessen Politik neben den langfristigen Entwürfen sich auch durch die Fähigkeit auszeichnet, situativ auf Herausforderungen zu reagieren und dabei Verfahren, Symbole und Beziehungen produktiv zu nutzen. Rang wird performativ, nicht aggressiv hergestellt; Konflikte werden in Verfahren gebunden, nicht in Gewalt entgrenzt. Zudem wurde die Stellung von Königslutter als reformmonastisch gerahmte Grablege deutlich, deren Apsisprogramm zwischen bewusster Reduktion und Gönnerverlust changiert und deren Architektur italienische Anmutungen in hirsauischer Syntax neu formuliert. Sachsen, so wurde weiterhin deutlich, war für Lothar nicht bloßer Herkunftsraum, sondern politischer Resonanzkörper, von dem aus sich seine Königs- und Kaiserherrschaft im nordalpinen Reich entfaltete, auf Italien übergriff und auch die Beziehungen im Osten des Reiches konsensuell stärkte. In der weiteren Forschung verdienen einige Aspekte noch genauere Würdigung: Lothars Verhältnis zu den unterschiedlichen Strömungen der Kirchen- und Klosterreform – insbesondere zu den Prämonstratensern, Reformbenediktinern und Augustinerchorherren –, seine Rolle als sächsischer Herzog in Tradition oder Abgrenzung zu den Billungern sowie das spannungsreiche Verhältnis zum Papsttum zwischen Kooperation und Konfrontation. Genauer zu untersuchen sind jenseits der »Lotharischen Legende« zudem Bezüge zum römischen Recht bzw. zum lombardischen Juristenkreis. Dies gilt auch für seine Auseinandersetzungen mit dem Normannen Roger II. von Sizilien und Gegenpapst Anaklet II., in denen sich Lothars Loyalität zu Innozenz II. ebenso zeigte wie seine Bereitschaft, in symbolisch aufgeladener Form politische Kompromisse zu suchen oder machtpolitische Entscheidungen ohne Bruch mit dem Papsttum aufzuschieben. So gewinnt das Bild Lothars jenseits der stauforientierten Überblendung an Kontur.

ABSTRACTS DER AUFSÄTZE

König Konrad II. in Sachsen 1024/1025. Beobachtungen zur Bedeutung Sachsens zu Beginn der salischen Herrschaft. Von Thomas Vogtherr

Der Aufsatz liefert einen Beitrag zur modernen Erforschung der Itinerare hochmittelalterlicher Herrscher. Am Beispiel des ersten Saliers Konrad II. wird der Weg des Königs durch Sachsen 1024/1025 verfolgt und ausführlich analysiert. Die Leitfragen der Analyse richten sich auf Motivation und Handlungsspielräume der Beteiligten: Der König bewegt sich in einem ihm fremden Herzogtum, dessen Vertreter ihn nicht gewählt haben und die er nun mit den üblichen Mitteln der Herrschergewalt auf seine Seite zu bringen versucht. Die Repräsentanten des Herzogtums Sachsen treten dem Salier selbstbewusst gegenüber und erwarten seine Gegenleistungen für ihre Loyalität. Das Ergebnis ist ein sorgsam austarierter Kompromiss zwischen herrscherlichen Hulderweisungen in Form von Privilegien, insbesondere für sächsische Klöster, sowie in Form allgemeiner Bestätigungen sächsischen Rechts einerseits und der impliziten wie expliziten Anerkennung seiner herrscherlichen Befugnisse durch die sächsischen Vertreter, etwa im Streit um das Reichsstift Gandersheim. Die besondere Form der Herrscherurkunden dieser Monate beruht auf einer erst langsam ihre Tätigkeit aufnehmenden und Stabilität gewinnenden herrscherlichen »Kanzlei«.

King Conrad II of Saxony 1024/1025. Observations on the Significance of Saxony at the Beginning of Salian Reign. By Thomas Vogtherr

This article contributes to modern research on the itineraries of high medieval rulers. Using the example of the first Salian, Conrad II, the king's route through Saxony in 1024/1025 is traced and analysed in detail. The guiding questions of the analysis focus on the motivations and scope for action of the parties involved: the king travelled through a duchy unfamiliar to him, whose representatives had not elected him, and whom he now sought to win over by the customary instruments of royal authority. The representatives of the Duchy of Saxony stood before the Salian with confidence expecting corresponding concessions in return for their loyalty. The result was a finely balanced compromise consisting, on the one hand, of royal acts of favour in the form of privileges, particularly for Saxon monasteries and of general confirmations of Saxon law, and on the other hand, of the Saxon representatives' implicit and explicit recognition of his royal prerogatives, notably in the dispute concerning the Imperial Abbey (Reichsstift) of Gandersheim. The distinctive nature of the royal charters issued during these months results from a royal chancery that was only beginning to operate and gradually gaining stability.

Menschen aus Übersee im Umkreis des Bremervörder Hofes im 17. Jahrhundert. Von Christian Kammann

Die Präsenz von Menschen aus Afrika und anderen überseeischen Regionen im frühneuzeitlichen Erzstift/Herzogtum Bremen ist bislang so gut wie gar nicht erforscht. In der vorliegenden Arbeit werden einschlägige Quellenaufschlüsse aus dem Umkreis des bis 1643 bestehenden Hofes der Fürsterzbischöfe von Bremen in Bremervörde sowie dessen dortigen Nachfolgers ab 1646, des Hofes des schwedischen Adeligen Carl Gustav Wrangel (1613–1676), vorgestellt. In einer anschließenden Diskussion wird unter anderem auf Transferwege, Status, Tätigkeiten und Sozialisierung der vorgestellten Menschen aus Übersee eingegangen. Dabei wird deutlich, dass deren Leben weitgehend in zeittypischen Bahnen verlief und durch Entwurzelung, Abhängigkeit und Außenseitertum geprägt war; mindestens einer der vorgestellten Menschen aus Übersee war ein de facto Sklave. So wurde das Fürstentum Bremen nachweislich ab der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts in überschaubarem Umfang von der zeitgenössischen Verschleppung beziehungsweise Verstreuung von Menschen aus Übersee, einschließlich des Sklavenhandels, direkt tangiert.

People from Overseas at the Bremervörde Court in the Seventeenth Century. By Christian Kammann

The presence of people from Africa and other overseas regions in the early modern Prince-Archbishopric/Duchy of Bremen has so far received almost no scholarly attention. This article presents findings from relevant sources relating to the court of the Prince-Archbishops of Bremen in Bremervörde which existed until 1643, and from 1646, its successor, the court of the Swedish nobleman Carl Gustav Wrangel (1613–1676). The subsequent discussion considers, among other issues, the routes of transfer, social status, roles, and processes of socialisation of these overseas individuals. The evidence suggests that their lives largely followed patterns typical of the period, marked by displacement, dependency and outsider status; at least one of the individuals under study was, in effect, enslaved. The findings demonstrate that, from the first half of the seventeenth century onwards, the Principality of Bremen was directly, if on a limited scale, implicated in the contemporary displacement and dispersal of people from overseas, including the slave trade.

Eine rätselhafte Inschrift aus dem Obergut Lenthe. Zu Bildungshorizont und Lebenswegen der Familie von Lenthe im 17. Jahrhundert. Von Daniel Berger

Der Beitrag beschäftigt sich mit einer rätselhaften, aus dem 17. Jahrhundert stammenden Inschrift am Herrenhaus des Oberguts Lenthe bei Hannover. Die Inschrift mit dem Wortlaut Dat AA 10 15 11 8 soeckt [---] lässt sich als ursprünglich niederländisches

Rebusrätsel auflösen mit der Bedeutung ›Das Paradies ist unser, wer es sucht, der findet (es)‹. Die Auflösung des Rätsels bietet Anlass, um nach möglichen Vermittlungswegen des Rätsels zu fragen. Anhand weiterer epigraphischer und sonstiger (auto)biographischer Quellen wird dazu dem Bildungshorizont und den Lebenswegen der damaligen Erbherren des Lenthe-Oberguts, Erich von Lenthe (1597–1683) und Dietrich Christian von Lenthe (1630–1696), nachgegangen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf den mehrjährigen Kavalierstouren, die beide Herren in ihrer Jugend unternahmen.

A Mysterious Inscription from the »Obergut Lenthe«. Education and Life Courses of the von Lenthe Family in the 17th Century. By Daniel Berger

This article examines a mysterious 17th century inscription on the manor house of the »Obergut Lenthe« near Hanover. The inscription, reading Dat AA 10 15 11 8 soeckt [---], can be deciphered as an originally Dutch rebus puzzle with the meaning: ›Paradise is ours; whoever seeks it, finds (it).‹ Solving the riddle provides an opportunity to explore possible ways in which the riddle was transmitted. Drawing on further epigraphic as well as other (auto)biographical sources, the study investigates education and life courses of the hereditary lords of the Lenthe manor at the time, Erich von Lenthe (1597–1683) and Dietrich Christian von Lenthe (1630–1696). Particular emphasis is given to the multi-year cavalier tours that both men undertook in their youth.

Graf Wilhelm zu Schaumburg-Lippe als Idealfürst des 18. Jahrhunderts. Von Stefan Brüdermann

Graf Wilhelm zu Schaumburg-Lippe (1724–1777), der wohl bekannteste aus der Reihe der Grafen und Fürsten des kleinen Schaumburg-Lippe wird hier anlässlich seines 300. Geburtstags dargestellt. Aufgrund der Dynastiegeschichte wurde er in England geboren, diese Herkunft prägte ihn, er lernte mehrere Sprachen und verfügte über klassische Bildung. Seine Regierung war die eines typischen Aufklärers mit Reformen in der Wirtschafts- und Bildungspolitik und dem Bestreben, im Rahmen seiner Möglichkeiten kluge Köpfe nach Bückeburg zu holen. Bekannt wurde er durch seine militärischen Leistungen im Siebenjährigen Krieg, insbesondere mit der Verteidigung Portugals. Seine Erfahrungen und Gedanken vermittelte er in seiner Kriegsschule in der unter seinem Befehl erbauten Festung Wilhelmstein im Steinhuder Meer. Trotz seiner militärischen Neigungen entsprach er dem empfindsamen Ideal des »homme sensible«. Seine Zeitgenossen sahen ihn als bemerkenswerten, merkwürdigen und auch zugleich »idealen Regenten«.

Count Wilhelm of Schaumburg-Lippe as an Ideal Prince of the 18th Century. By Stefan Brüdermann

Count Wilhelm of Schaumburg-Lippe (1724–1777), arguably the best-known among the line of counts and princes of the small territory of Schaumburg-Lippe, is presented here on the occasion of his 300th birthday. According to the history of the dynasty, he was born in England; this background shaped him, for he learned several languages and possessed a classical education. He governed as a typical Enlightenment ruler, enacting reforms in economic and educational policy and, within the limits of his resources, pursuing the ambition of attracting bright minds to Bückeburg. He became renowned for his military achievements in the Seven Years' War, particularly for the defence of Portugal. He conveyed his experiences and reflections at his military academy, situated within the island fortress of Wilhelmstein – a fortress built under his command on the lake Steinhuder Meer. Despite his military inclinations, he embodied the sentimental ideal of the *homme sensible*. His contemporaries perceived him as a remarkable, unusual, and at the same time »ideal ruler«.

Die Studierenden des Wintersemesters 1945/1946 an der Universität Göttingen. Von Vanessa Drebes, Ernst Leon Hahne, Sarah K. Hartung, Aline Kobbelt, Florin Maletz, Lara Schulz und Arnd Reitemeier

Bereits wenige Monate nach Ende des Zweiten Weltkriegs durfte die Universität Göttingen den Lehrbetrieb wieder aufnehmen. Eine unbekannte Anzahl bewarb sich um einen Studienplatz – am Ende wurden rund 4.700 Studierende und damit mehr als je zuvor zugelassen. Im Vergleich zu den vorangegangenen (Kriegs-)Semestern sank der prozentuale Anteil der Frauen, doch auch ihre Anzahl erreichte ein neues Maximum. Der Beitrag fragt nun nach der sozialen Zusammensetzung der Studierendenschaft und nach den Bedingungen des Studiums in Göttingen, denn es standen bei weitem nicht ausreichend Lese- und Laborplätze zur Verfügung. In Göttingen waren vergleichsweise wenige Gebäude zerstört, doch im Verlauf des Wintersemesters verschlechterte sich die Wohnungssituation der Studierenden infolge des wachsenden Zustroms von Flüchtlingen und Vertriebenen. Von Seiten der Universität wurde mit neuen Konzepten wie einem »Vorstudium« experimentiert, was am Ende jedoch an den Fakultäten wie an Finanzfragen scheiterte. Bei den Studierenden lassen die Akten Netzwerke und Mitwirkungen in Organisationen des Nationalsozialismus erkennen, die als Desiderat der Forschung bezeichnet werden müssen, umso mehr die Studierenden erst zum Sommersemester 1946 verpflichtend einen Fragebogen zur Entnazifizierung abgeben mussten. Auch die Selbstwahrnehmung der Studierenden verdient weitere Forschung, da bereits im Wintersemester Diskussionen um die Verpflichtungen und Aufgaben dieses Jahrgangs einsetzen.

Students of the Winter Semester 1945–1946 at the University of Göttingen.
By Vanessa Drebes, Ernst Leon Hahne, Sarah K. Hartung, Aline Kobbelt,
Florin Maletz, Lara Schulz and Arnd Reitemeier

Only a few months after the end of the Second World War, the University of Göttingen was permitted to resume teaching. An unknown number of applicants sought a place to study, and ultimately around 4,700 students were admitted, more than ever before. Compared with the preceding (war-time) semesters, the proportion of women fell, yet their absolute number reached a new high. This article examines the social composition of the student body and the conditions of study in Göttingen, where reading rooms and laboratory spaces were by no means sufficient. Relatively few buildings in the city had been destroyed, but during the winter semester the housing situation for students deteriorated due to the growing influx of refugees and displaced persons. The university experimented with new measures, such as a »preparatory study programme« (Vorstudium), which ultimately failed due both to resistance within the faculties and to financial constraints. The archival records further reveal student networks and participation in National Socialist organisations, an area that remains largely unexplored, considering that all students were only required to submit a denazification questionnaire as late as the summer semester of 1946. Further research is also needed on students' self-perception, as debates over the responsibilities and obligations of this cohort had already begun during the winter semester.

»Infolge Wegfalls sämtlicher Mitglieder ist der Verein erloschen.« Zum administrativen Umgang mit den materiellen Überresten einer jüdischen Gemeinde nach 1945. Von Eberhard Kaus

Der Aufsatz untersucht am Beispiel Wunstorfs, wie eine niedersächsische Kommunalverwaltung und das zuständige Amtsgericht nach 1945 mit den Überresten einer jüdischen Gemeinde (Synagoge, Friedhof, Vereinseintrag) umgingen. Die Untersuchung zeigt, dass der von übergeordneten Stellen an die Stadt herangetragene Gedanke einer »Wiedergutmachung« durch Wiederherstellung oder Pflege von Synagoge bzw. Friedhof bis in die 1950er Jahre konsequent übergangen wurde, seit Gründung der Bundesrepublik die (auf Anordnung der Briten) erfolgten, nur teilweise durch städtische Eigenmittel erbrachten Leistungen von den lokalen Stellen als im Grunde überhöht betrachtet und die NS-Verbrechen bis weit in die 1970er Jahre beschwiegen und verschleiert wurden. Dabei zeugen die erhaltenen Verwaltungsvorgänge von mehr oder weniger latentem Antisemitismus und fehlender Empathie für die Opfer der NS-Verfolgung, ein Muster, das sich in Variationen bei zahlreichen anderen Gemeinden finden lässt.

»As a Result of the Loss of All Members, the Association Ceased to Exist.«
On the Administrative Handling of the Material Remains of a Jewish
Community after 1945. By Eberhard Kaus

This article examines how, in the case of Wunstorf, the municipal administration in Lower Saxony and the local court dealt with the material remains of a Jewish community after 1945, including the synagogue, cemetery and registered association. The study shows that the idea promoted by higher authorities of »restitution« through the restoration or maintenance of the synagogue or cemetery was consistently ignored by the city authorities well into the 1950s. Since the founding of the Federal German Republic, the measures carried out under British orders, only partially funded from the city's own resources, were generally regarded by local officials as excessive. The Nazi crimes were concealed and silenced by local authorities well into the 1970s. The surviving administrative records reveal latent antisemitism and a striking lack of empathy for the victims of Nazi persecution. This pattern, with local variations, is evident in many other communities as well.

Paul Lincke und der Nationalsozialismus. Eine Analyse seines Verhaltens
während der NS-Zeit und ein kommunaler Aufarbeitungsprozess. Von
Detlef Schmiechen-Ackermann

Der seit 1955 zunächst in der Gemeinde Hahnenklee, seit deren Eingemeindung 1972 von der Stadt Goslar an »herausragende Tonkünstler und Interpreten der Unterhaltungsmusik« vergebene »Paul-Lincke-Ring« ist in den letzten Jahren zu einem Gegenstand öffentlicher Debatten geworden, die 2025 in eine Umbenennung des renommierten Musikpreises mündeten. Katalysator für die kritische Beschäftigung mit dem Verhalten Linckes während der Zeit des Nationalsozialismus war das Erscheinen einer von Jan Kutscher 2016 publizierten Biografie über Paul Lincke, die etliche bereits bekannte, aber auch einige neue Belastungsmomente zusammenstellte, ohne zu einer eindeutig kritischen Würdigung des populären Komponisten zu kommen. Der Beitrag resümiert die Ergebnisse eines vom Verfasser erstellten Gutachtens über das problematische Verhalten Linckes während der NS-Zeit und ordnet die öffentliche Auseinandersetzung über seine Person in den Stand der erinnerungskulturellen Debatten ein.

Paul Lincke and National Socialism. An Analysis of His Conduct during
the Nazi Era and a Municipal Process of Coming to Terms with the Past.
By Detlef Schmiechen-Ackermann

The »Paul Lincke Ring« has been awarded to outstanding composers and performers of popular music since 1955. It was originally presented by the municipality of Hahnenklee, and following Hahnenklee's incorporation in 1972, by the city of Goslar. In recent years, the prize has become the focus of public debate which culminated in 2025 with

the renaming of the prestigious award. Critical engagement with Lincke's conduct during the Nazi era was sparked in 2016 by the publication of a biography by Jan Kutscher. The book brought together previously known facts as well as newly uncovered incriminating details. However, it fell short of offering an unambiguously critical assessment of the popular composer. This article summarises the author's expert report on Lincke's problematic behaviour during the Nazi era. It also places the public controversy surrounding him within the broader debates on the culture of remembrance.

»Ein fast unbekanntes Gebiet für den Geschichtsforscher? Erwerb, Erschließung und Bereitstellung von Urkunden und Handschriften im Niedersächsischen Landesarchiv Abteilung Wolfenbüttel in Vergangenheit und Gegenwart. Von Philip Haas

Das Niedersächsische Landesarchiv Abteilung Wolfenbüttel verfügt über reiche Urkunden- und Handschriftenbestände von großer historischer Bedeutung. Vorliegender Beitrag betrachtet den Erwerb, die Erschließung und Bereitstellung dieser Archivalien von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zur unmittelbaren Gegenwart. Dabei lassen sich gewisse Konjunkturen feststellen, die ebenso mit den archivgeschichtlichen und geschichtswissenschaftlichen Entwicklungen wie mit den allgemeinen historischen Rahmenbedingungen verbunden waren. Dem Erwerb der Urkunden im 18. und 19. Jahrhundert und der Handschriften im frühen 20. Jahrhundert folgten erst nach dem Zweiten Weltkrieg eine professionelle Erschließung und verbesserte Magazinierung. Die Bereitstellung in Form von Quelleneditionen und Digitalisaten schloss sich erst ab dem späten 20. und frühen 21. Jahrhundert an und dauert fort. Die Studie stellt ebenso einen Beitrag zur Archivgeschichte und Geschichte der Geschichtswissenschaft dar, wie sie die archivischen Rahmenbedingungen zum Zwecke der Quellenkritik und Erforschung konturiert.

»An Almost Unknown Field for the Historian? Acquisition, Cataloguing and Provision of Charters and Manuscripts at the Lower Saxony State Archive, Wolfenbüttel Department, in Past and Present. By Philip Haas

The Lower Saxony State Archive, Wolfenbüttel Department, holds extensive collections of charters and manuscripts of considerable historical significance. This article examines the acquisition, cataloguing and provision of these archival materials from the mid-18th century to the present. Certain fluctuations can be observed, linked both to developments in archival practice and historical scholarship as well as to broader historical contexts. The acquisition of charters in the 18th and 19th centuries and of manuscripts in the early 20th century, was followed only after the Second World War by professional cataloguing and improved storage. The provision of source editions and digital reproductions began in the late 20th century and has continued into the 21st

century. The study contributes both to the history of archives and the history of historical scholarship, while also outlining the archival framework for the purposes of source criticism and research.

»Ein freier Stammesstaat der Niedersachsen?« Die Vorabstimmung vom 18. Mai 1924 über die Loslösung der Provinz Hannover vom Freistaat Preußen. Von Christian Hoffmann

Das Ende der Monarchien in Deutschland im November 1918 schien – gut 50 Jahre nach der Annexion Hannovers durch Preußen – die Möglichkeit zur Wiederherstellung der hannoverschen Selbständigkeit zu eröffnen. Insbesondere Art. 18 der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 sah vor, dass durch Volksabstimmungen Änderungen der Ländergrenzen des Reichsgebiets würden vorgenommen werden können. Erst nach Ablauf einer erst auf zwei, dann auf drei Jahre festgelegten Sperrfrist war eine solche Volksabstimmung in der Provinz Hannover möglich. Einen am 7. Dezember 1922 gestellten entsprechenden Antrag zog die den hannoverschen Unabhängigkeitsgedanken tragende Deutsch-Hannoversche Partei (DHP) jedoch wegen der im Januar 1923 erfolgten Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich zurück und erneuerte ihn erst am Ende dieses in Hyperinflation und Hitler-Putsch mündenden Krisenjahres. Laut Antrag der DHP vom 21. Dezember 1923 sollte in der Provinz Hannover mit Ausnahme des Regierungsbezirks Aurich eine Abstimmung über die Bildung eines eigenen Landes Hannover erfolgen. Bei der dazu erforderlichen Vorabstimmung vom 18. Mai 1924 über die Frage, ob eine solche Volksabstimmung durchgeführt werden sollte, erlitt die DHP eine schwere Niederlage, indem nur 25,5 der erforderlichen 33 Prozent der Abstimmungsberechtigten sich für eine Durchführung aussprachen. V.a. die von der DHP nur ausweichend beantwortete Frage der Staatsform eines künftigen Landes Hannover (Republik oder Monarchie) hatte dazu geführt, dass die anderen maßgeblichen politischen Parteien und auch die Reichsregierung der Position des preußischen Staates, dass dem Reich durch eine Schwächung des größten Gliedstaates schwerer Schaden zugefügt würde, gefolgt waren. Das zentrale Argument der Abstimmungsbefürworter, nämlich die Wiedergutmachung des 1866 durch die Annexion erlittenen Unrechts, hatte sich als zu schwach erwiesen. Die zuvor in der Provinz Hannover nicht zu unterschätzende politische Kraft der DHP aber war mit der Abstimmungsniederlage gebrochen.

»A Free State of Lower Saxons?« The Preliminary Vote of 18 May 1924 on the Separation of the Province of Hanover from the Free State of Prussia.
By Christian Hoffmann

The end of the monarchies in Germany in November 1918 seemed, some fifty years after Hanover's annexation by Prussia, to open up the possibility of restoring Hanoverian independence. In particular, Article 18 of the Weimar Constitution of 11 August

1919 stipulated that changes to the boundaries of the Reich's constituent states could be effected through referendums. Such a referendum in the Province of Hanover, however, was only possible after the expiration of an initially two-year, later extended to a three-year, waiting period. The German-Hanoverian Party (DHP), which advocated Hanoverian independence, submitted a corresponding proposal on 7 December 1922. However, the party withdrew the proposal following the French occupation of the Ruhr in January 1923. It was only at the end of that crisis-ridden year, marked by hyperinflation and the Hitler Putsch, that the proposal was resubmitted. According to the DHP's motion of 21 December 1923, a referendum was to be held in the Province of Hanover, excluding the Aurich administrative district, on the creation of a separate state of Hanover. In the necessary preliminary vote on 18 May 1924, which asked whether a referendum should be held, the DHP suffered a decisive defeat. Only 25.5 % of eligible voters supported the proposal, short of the 33 % required. In particular, the DHP's evasive response to the question of the future state's form (republic or monarchy) led the other major political parties and the Reich government to align with Prussia's position. Prussia argued that weakening the largest constituent state would cause serious harm to the Reich. The main argument of the referendum's supporters was to redress the injustice suffered by Hanover in the 1866 annexation. However, this argument proved too weak. The DHP, which had previously been a significant political force in the Province of Hanover, saw its influence effectively broken by the defeat in the preliminary vote.

Die Deutsch-Hannoversche Partei und ihr Programm im Wandel. Von Hans-Georg Aschoff

Die Deutsch-Hannoversche Partei (DHP) entstand als breit gefächerte heterogene Oppositionsbewegung gegen die preußische Annexion Hannovers nach 1866, ihr wichtigstes politisches Ziel war die Wiederherstellung des Königreiches Hannover. Die Gründe für den nach 1890 einsetzenden Niedergang der DHP lagen u.a. in der Aufsplitterung des hannoverschen Parteienganges, dem Aufstieg der Sozialdemokratie, der zeitlichen Entfernung vom Jahr 1866, der Schwächung des mittelstaatlich-dynastischen Bewusstseins sowie in den wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandlungen der Provinz, die vor allem das Hauptwählerreservoir der Partei, die ländliche Bevölkerung und die Handwerkerschaft, schwächten. Programmatisch hielt die Partei an liberal-konstitutionellen Forderungen fest, insbesondere stellten die Beschränkung staatlicher Macht sowie die Sicherung und der Ausbau des Föderalismus wichtige Ziele dar. Jedoch erstarkte auch in ihren Reihen das nationale Bewusstsein, das u.a. in der Zustimmung zu den Heeresvorlagen am Vorabend des Ersten Weltkrieges und in der Unterstützung der Kriegsregierungen seinen Ausdruck fand. Aufgrund der Einführung des Frauenwahlrechtes, vor allem wegen der Attraktivität des »Freistaatsgedankens« erlebte die DHP zu Beginn der Weimarer Republik einen erneuten Aufschwung. Die Position als zweitstärkste Partei in Niedersachsen konnte sie in der Folgezeit nicht behaupten. Das Scheitern der Vorabstimmung von 1924, mit der die Selbständigkeit der Pro-

vinz Hannover vorbereitet werden sollte, trug neben internen Streitigkeiten zwischen dem althanoversch-welfischen und dem republikanisch-demokratischen Flügel zum Niedergang der DHP bei. Ihre Wähler verlor sie u. a. an die DNVP, zum größten Teil an die NSDAP.

The German-Hanoverian Party and Its Programme in Transition. By Hans-Georg Aschoff

The German-Hanoverian Party (DHP) emerged after the Prussian annexation of Hanover in 1866. It was a broad and heterogeneous opposition movement. Its main political aim was the restoration of the Kingdom of Hanover. From around 1890, the DHP began to decline, a process driven by several interconnected factors. The Hanoverian party landscape became increasingly fragmented, while Social Democracy gained strength. At the same time, the events of 1866 receded into public memory and dynastic loyalties in the smaller states weakened. Moreover, economic and social changes reshaped the province, particularly undermining the party's traditional support among the rural population and the craftsmen community. The party's programme was shaped by liberal-constitutional demands. It sought to limit state power and to secure and expand federalist structures. However, national consciousness also gained strength within its ranks, finding expression, among other things, in approval of the military bills on the eve of the First World War and in support for the war governments. Owing to the introduction of women's suffrage, and above all to the appeal of the »Free State« idea, the DHP experienced a renewed upswing at the beginning of the Weimar Republic. It was unable to maintain its position as the second strongest party in Lower Saxony in the period that followed. The failure of the 1924 plebiscite, which was intended to prepare for the independence of the Province of Hanover, contributed to the decline of the DHP, alongside internal conflicts between the Old Hanoverian-Welf wing and the republican-democratic wing. It lost voters to the DNVP and, for the most part, to the NSDAP.

Rettung aus der Krise? Die Vorabstimmung und der deutsch-hannoversche Selbstbestimmungsdiskurs. Von Jasper Heinzen

Der Zusammenbruch der Monarchie Ende 1918 stellte die Welfen vor neue Herausforderungen, aber auch Möglichkeiten, die Loslösung Hannovers von Preußen zu verwirklichen. Geschickt knüpfte die Deutsch-Hannoversche Partei (DHP) an das 14-Punkte-Programm des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson an, um Selbstbestimmung auf stammlicher Grundlage durchzusetzen. Der Beitrag untersucht, welche Ideen hierbei zum Tragen kamen und inwiefern es den Separatisten gelang, ihre Vorstellungen an die politischen Gegebenheiten der Weimarer Republik anzupassen. Einerseits griff die welfische Propaganda auf altbekannte Argumente aus der Annexionszeit zurück, andererseits präsentierte sie die hannoversche Unabhängigkeit als einen zukunftsgewandten, konservativen Beitrag zur Lösung der politischen Krise

der frühen 1920er Jahre. Obgleich die DHP auf diese Art genügend Unterstützung für eine Vorabstimmung mobilisieren konnte, blieb die Umsetzung der Selbstbestimmung letztlich unklar definiert.

Rescue from Crisis? The Preliminary Plebiscite and the German-Hanoverian Discourse on Self-Determination. By Jasper Heinzen

The collapse of the monarchy at the end of 1918 confronted the Welfs with new challenges, but also offered opportunities to realise Hanover's separation from Prussia. The German-Hanoverian Party (DHP) skilfully drew upon the Fourteen Points programme of American President Woodrow Wilson in order to promote self-determination on a 'tribal' basis. This article examines which ideas were deployed in this context and the extent to which the separatists succeeded in adapting their aims to the political conditions of the Weimar Republic. On the one hand, Welf propaganda drew on familiar arguments from the period of annexation; on the other, it presented Hanoverian independence as a forward-looking, conservative contribution to resolving the political crisis of the early 1920s. Although the DHP was able to mobilise sufficient support for a preliminary plebiscite in this way, the implementation of self-determination ultimately remained ambiguously defined.

»Im ein'gen Deutschen Reichsverband ein freies Niedersachsenland!« Die Vorabstimmung zur Loslösung von Preußen vom 18. Mai 1924 und der Niedergang der Deutsch-Hannoverschen Partei im Elbe-Weser-Raum.

Von Henning K. Müller

Die Deutsch-Hannoversche Partei (DHP) erlebte als konservative und antipreußisch-föderalistische Regionalpartei nach dem Ersten Weltkrieg einen Aufschwung, der durch die Ausrufung der Republik und die Wirren der Novemberevolution 1918/19 begünstigt wurde. Trotz interner Spannungen und Überwachung durch die Behörden konnte die DHP bei Wahlen Erfolge erzielen und sich als bedeutende Kraft im bürgerlichen Spektrum des Elbe-Weser-Raums etablieren. Die neuen politischen Verhältnisse erkannte die Partei als Chance, im Rahmen der Neugliederung des Reiches die sogenannte »Hannoversche Frage«, oder auch »Loslösungsfrage«, per Vorabstimmung auf die politische Agenda zu setzen, um die Provinz Hannover nach über einem halben Jahrhundert Annexion wieder von Preußen abzutrennen und zur Unabhängigkeit zu führen. Die Vorabstimmung zur Loslösung von Preußen im Jahr 1924 endete jedoch enttäuschend, was den Niedergang der DHP einleitete. Die Partei verlor zunehmend an Einfluss, insbesondere mit dem Aufstieg der NSDAP, und löste sich 1933 auf.

»A Free Lower Saxony in a United German Reich Association!« The Preliminary Plebiscite on Separation from Prussia on 18 May 1924 and the Decline of the German-Hanoverian Party in the Elbe-Weser Region. By Henning K. Müller

The German-Hanoverian Party (DHP), as a conservative and anti-Prussian federalist regional party, experienced an upswing after the First World War, facilitated by the proclamation of the Republic and the turmoil of the November Revolution of 1918/19. Despite internal tensions and close monitoring by the authorities, the DHP was able to achieve electoral successes and establish itself as a significant force within the bourgeois spectrum of the Elbe-Weser region. The party regarded the new political circumstances as an opportunity to place the so-called »Hanoverian Question«, or »Separation Question«, on the political agenda through a preliminary plebiscite, aiming to detach the province of Hanover from Prussia after more than half a century of annexation and to restore its independence. However, the preliminary plebiscite on separation from Prussia in 1924 ended in disappointment, marking the beginning of the DHP's decline. The party steadily lost influence, particularly with the rise of the NSDAP and ultimately dissolved in 1933.

VERZEICHNIS DER BESPROCHENEN WERKE

<i>Aus den Briefen der Herzogin Philippine Charlotte von Braunschweig 1732-1801.</i> Bd. 1: 1732-1768. Mitgeteilt von Hans DroySEN und übersetzt von Gretel WALBERG. Hrsg. vom BRAUNSCHWEIGISCHEN GESCHICHTSVEREIN E. V. (Joëlle WEIS)	440
BERGHOFF, Hartmut/GRIEGER, Manfred: <i>Die Geschichte des Hauses Bahlsen. Keks – Krieg – Konsum 1911-1974</i> (Teresa NENTWIG)	453
BÖSEL-HIELSCHER, Nele: <i>Der Osnabrücker Rat im Mittelalter. Entstehung, Entwicklung, Kompetenzen</i> (Carsten SIEBENBÜRGEN)	412
BÜHRING, Benjamin: <i>Die Deutsche Kanzlei in London. Kommunikation und Verwaltung in der Personalunion Großbritannien – Kurhannover 1714-1760</i> (Christian HOFFMANN)	435
Carl Friedrich Gauß, Carl Joseph Gauß, Johann Georg Friedrich Hartmann, Georg Wilhelm Müller et alii. Correspondenzen der Königlich Hannoverschen Landesvermessung (1821-1844), 3 Bde. 2., überarbeitete und ergänzte Aufl. Hrsg. und bearb. v. André SIELAND (Klaus KERTSCHER)	450
CASEMIR, Kirstin/OHAINSKI, Uwe: <i>Die Ortsnamen des Landkreises Gifhorn</i> (Ulrich RITZERFELD)	391
DOLLE, Josef/FLÖER, Michael: <i>Die Ortsnamen des Landkreises Celle</i> (Ulrich RITZERFELD)	391
DOLLE, Josef/FLÖER, Michael: <i>Die Ortsnamen des Landkreises Uelzen</i> (Ulrich RITZERFELD)	391
DANN, Thomas M.: <i>Georg Ludwig Friedrich Laves (1788-1864). Raumkunst und Mobiliar</i> (Rolf BIDLINGMAIER)	448
DORNBURGER, Claudia: <i>Die Adelssitze der Familie Münchhausen in der ehemaligen Grafschaft Schaumburg. Studien zu einer frühneuzeitlichen Bauaufgabe im mittleren Weserraum</i> (Thorsten ALBRECHT)	420
FERBER, Magnus Ulrich und HAAS, Philip: <i>Monumente der Freundschaft. Die Stammbuchsammlung des Niedersächsischen Landesarchivs Abteilung Wolfenbüttel</i> (Werner Wilhelm SCHNABEL)	423
FISCHER, Norbert: <i>Diktatur und kleinstädtische Gesellschaft. Buxtehude in der Zeit des Nationalsozialismus. Mit einem Exkurs von Wolfgang Schilling.</i> Hrsg. v. der STADT BUXTEHUDE (Gudrun FIEDLER)	466
<i>Formen und Dimensionen der Resilienz unter deutscher Besatzung 1939-1945. Hans Georg Calmeyer im Kontext der NS-Verwaltung.</i> Hrsg. v. Thomas BRAKMANN und Thorsten HESE (Dietmar von REEKEN)	473
Frankreich in Osnabrück. Eine Region in napoleonischer Zeit. Beiträge der wissenschaftlichen Tagung vom 15. bis 17. September 2022. Hrsg. v. Ulrich	

WINZER und Susanne TAUSS im Auftrag des Landschaftsverbands Osnabrücker Land e.V. (Maike BARTSCH)	446
<i>75 Jahre Emslandplan</i> . Einblicke in die Geschichte der Emslanderschließung anhand von 75 Objekten und Dokumenten. Hrsg. v. Benjamin VAN DER LINDE, Michael HAVERKAMP, Thomas BRAKMANN und Christian HOFFMANN (Nicolas RÜGGE)	482
<i>50 Jahre Universität in Oldenburg</i> . Ein Glücksfall für Stadt und Region. Hrsg. v. Jürgen LÜTHJE und Dieter SCHÜTZ (Thorsten UNGER)	484
GEYKEN, Frauke: <i>Gerhard und Sabine Leibholz</i> . Auch eine Geschichte der Familie Bonhoeffer (Arne HOFFRICHTER)	469
GLASER, Marcel: <i>Peter Koller (1907–1996)</i> . Stadtplaner in Diktatur und Demokratie. Eine Biografie (Steffen MEYER)	464
<i>Glossen zum Sachsenpiegel-Lehnrecht</i> . Die Wurm'sche Glosse. Hrsg. v. Frank-Michael KAUFMANN unter Mitarbeit v. Matthias WITZLEB (Volker Friedrich DRECKTRAH)	415
<i>Die Inschriften der Landkreise Lüneburg, Harburg, Lüchow-Dannenberg, Uelzen und des Heidekreises</i> . Gesammelt und bearbeitet von Sabine WEHKING (Klaus GRAF)	402
JÄGER, Eckhard: <i>Das Fürstentum Lüneburg</i> . Fünf Jahrhunderte Kartographiegeschichte (1492–1889) (Hans Martin ARNOLDT)	395
Johann Carl Bertram Stüve (1798–1872). Beiträge zu Leben und Werk. Hrsg. v. Christine VAN DEN HEUVEL, Thomas BRAKMANN und Nina REISSIG (Wilfried REININGHAUS)	452
Johann Gottfried Herder und Bückeburg. »Was habe ich hier ausgerichtet? Wessen kann ich mich rühmen?« Hrsg. v. Martin KESSLER (Brage BEI DER WIEDEN)	442
KAUFFMANN, Kai: <i>Klopstock!</i> Eine Biographie (Philip HAAS)	438
KERSTING, Jens: <i>Die Ortsnamen des Landkreises Oldenburg, der Stadt Oldenburg und der Stadt Delmenhorst</i> (Ulrich RITZERFELD)	391
»Kleine Fürsten« im Alten Reich. Strukturelle Zwänge und soziale Praktiken im Wandel (1300–1800). Hrsg. v. Oliver AUGE und Michael HECHT (Christian HOFFMANN)	387
KORSMEIER, Claudia Maria: <i>Die Ortsnamen des Landkreises Grafschaft Bentheim</i>	391
KRUSE, Britta-Juliane: <i>Gelehrtenkultur und Sammlungspraxis</i> . Architektur, Akteure und Wissensorganisation in der Universitätsbibliothek Helmstedt (1576–1810) (Marian FÜSSEL)	428
MÜLLER, Henning K.: <i>Die Völkische Bewegung und der Aufstieg des Nationalsozialismus im Elbe-Weser-Raum (1918–1933)</i> . Organisationen, Netzwerke, Biografien und Aktivitäten der Wegbereiter des »Dritten Reiches« (Gudrun FIEDLER)	459
<i>Mythos als Aufgabe</i> . Geschichtsschreibung am Niederrhein und in Westfalen im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit. Hrsg. v. Ralf-Peter FUCHS / Jens LIEVEN / Stefan PÄTZOLD (Thomas VOGTHERR)	393

OLDERMANN, Renate: <i>Leveke von Münchhausen-von Hammerstein (1616-1675).</i>	
Eine Frau in der Frühen Neuzeit (Lukas WEICHERT)	430
PETZEL, Michael: <i>Filmstadt Göttingen. Ein Kapitel deutscher Filmgeschichte</i> (Thorsten HOPPE)	480
<i>Pyrmont im 18. Jahrhundert. Zum grenzüberschreitenden Potenzial eines Kur-</i> orts zur Zeit der Aufklärung. Hrsg. v. Kathleen BURREY und Karl PIOSECKA (Christina VANJA)	432
<i>Quellenkunde zur westfälischen Geschichte vor 1800.</i> Hrsg. v. Stefan PÄTZOLD und Winfried REININGHAUS (Philip HAAS)	417
<i>Regesten Kaiser Ludwigs des Bayern (1314-1347) nach Archiven und Bibliotheken</i> geordnet. Hrsg. von Michael MENZEL. Heft 14: Die Urkunden aus Archiven und Bibliotheken Hamburgs, Niedersachsens, Nordrhein-Westfalens, Schleswig- Holsteins, bearb. von Doris BULACH (Martin SCHÜRRER)	413
<i>Residenzstädte im Alten Reich (1300-1800).</i> Ein Handbuch, Abt. I: Analytisches Verzeichnis der Residenzstädte. Teil 1: Nordosten. Hrsg. von Harm VON SEGGERN. Teil 2: Nordwesten. Hrsg. von Harm von SEGGERN (Christian HOFF- MANN)	398
SCHMIDT, Hans-Gerhard: <i>Entschädigung für NS-Unrecht ohne Wiedergut- machung?</i> Sozialstaatliche Schadensregulierung für Verfolgte des National- sozialismus in Bremen (Anton WEISE)	475
SCHNACK, Frederike Maria: <i>Zwischen geistlichen Aufgaben und weltlichen</i> <i>Herausforderungen.</i> Die Handlungsspielräume der Mindener Bischöfe von 1250 bis 1500 (Lukas WEICHERT)	410
SCHRÖDER, Ulrich: »An klaren Frosttagen kann auch ausmarschiert werden«. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Bremen und Umgebung 1924 bis 1933 (Christine SCHOENMAKERS)	462
<i>Urkundenbuch des Stifts Bardowick</i> (Lüneburger Urkundenbuch, 2. Abteilung). Bearb. v. Ingo SCHWAB unter Mitwirkung von Dieter BROSIUS, Thomas STÜRMER und Jörg VOIGT (Hildegard KRÖSCHE)	407
WENDLER, Ulf: <i>Pest, Fleckfieber, Ruhr und Typhus.</i> Epidemien auf dem Land und ihre Deutung im Fürstentum Lüneburg (1565-1666) (Philip HAAS)	426
<i>Zu Gast beim Bischof.</i> Halberstadt als königlicher Aufenthaltsort im frühen und hohen Mittelalter. Hrsg. v. Stephan FREUND, Simon GROTH und Christoph MIELZAREK (Ulf FLOSSDORF)	404

ANSCHRIFTEN DER AUTOREN DER AUFSÄTZE

- Prof. Dr. Hans-Georg Aschoff, Simrockstraße 15, 30171 Hannover
- Dr. Daniel Berger, Niedersächsische Akademie der Wissenschaften zu Göttingen, Projekt ›Deutsche Inschriften‹, Geiststraße 10, 37073 Göttingen
- Dr. Stefan Brüdermann, Niedersächsisches Landesarchiv – Abteilung Bückeburg, Schlossplatz 2, 31675 Bückeburg
- Dr. Philip Haas, Niedersächsisches Landesarchiv – Abteilung Wolfenbüttel, Forstweg 2, 38302 Wolfenbüttel.
- Dr. Jasper Heinzen, Department of History, University of York, York YO10 5DD, Vereinigtes Königreich
- Dr. Christian Hoffmann, Niedersächsisches Landesarchiv – Abteilung Hannover, Am Archiv 1, 30169 Hannover
- Dipl.-Kfm. Christian Kammann MA (Cantab), Ryvägen 80-32, SE 27571 Lövestad, Schweden
- Eberhard Kaus, Am Bruche 2, 31515 Wunstorf
- Dr. Henning K. Müller, Kreisarchiv des Landkreises Rotenburg (Wümme), Bremer Straße 38, 27432 Bremervörde
- Prof. Dr. Arnd Reitemeier, Institut für Historische Landesforschung, Kulturwissenschaftliches Zentrum, Heinrich-Düker-Weg 14, Georg-August-Universität Göttingen, 37073 Göttingen,
- sowie die Studierenden Vanessa Drebes, Ernst Leon Hahne, Sarah K. Hartung, Aline Kobbelt, Florin Maletz und Lara Schulz
- Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann, Von-Alten-Allee 20, 30449 Hannover
- Prof. Dr. Thomas Vogtherr, Talstraße 22, 30982 Pattensen

VERZEICHNIS DER MITARBEITER

Prof. Dr. Thorsten Albrecht, Hannover, 420. – Hans-Martin Arnoldt, Braunschweig, 395. – Prof. Dr. Hans-Georg Aschoff, Hannover, 299. – Dr. Maike Bartsch, Kassel, 446. – Dr. Brage Bei der Wieden, Wolfenbüttel, 442. – Dr. Daniel Berger, Göttingen, 57. – Rolf Bidlingmaier, Metzingen, 448. – Dr. Stefan Brüdermann, Bückeburg, 81. – Dr. Robert Conrad, Wunstorf, 511. – Vanessa Drebes, Göttingen, 103. – Dr. Volker Friedrich Drecktrah, Stade, 415. – Dr. Gudrun Fiedler, Braunschweig/Stade, 459, 466. – Ulf Floßdorf, M.A., Bonn, 404. – Prof. Dr. Marian Füssel, Göttingen, 428. – Dr. Klaus Graf, Aachen, 402. – Dr. Philip Haas, Wolfenbüttel, 215, 417, 426, 438. – Ernst Leon Hahne, Göttingen, 103. – Sarah K. Hartung, Göttingen, 103. – Dr. Jasper Heinzen, York, 321. – Dr. Christian Hoffmann, Hannover, 265, 387, 398, 435. – Dr. Arne Hoffrichter, Hannover, 469. – Thorsten Hoppe, M.A., Burgdorf, 480. – Dipl.-Kfm. Christian Kammann MA, Lövestad, 25. – Eberhard Kaus, Wunstorf, 151. – Prof. Klaus Kertscher, Oldenburg, 450. – Aline Kobbelt, Göttingen, 103. – Hildegard Krösche, M.A., Pattensen, 407. – Florin Maletz, Göttingen, 103. – Dr. Steffen Meyer, Gifhorn, 464. – Dr. Henning K. Müller, Bremervörde, 343. – Dr. Teresa Nentwig, Stuttgart, 453. – Prof. Dr. Dietmar von Reeken, Oldenburg, 473. – Prof. Dr. Wilfried Reininghaus, Senden-Bösensell, 452. – Prof. Dr. Arnd Reitemeier, Göttingen, 103, 255. – Prof. Dr. Ulrich Ritzerfeld, Marburg, 391. – Dr. Nicolas Rügge, Hannover, 482. – Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann, Hannover, 181. – Prof. Dr. Werner Wilhelm Schnabel, Erlangen, 423. – Dr. Christine Schoenmakers, Oranienburg, 462. – Dr. Martin Schürrer, Osnabrück, 413. – Lara Schulz, Göttingen, 103. – Carsten Siebenbürgen, M.Ed., Lübeck, 412. – Dr. Thorsten Unger, Osnabrück, 484. – Prof. Dr. Christina Vanja, Kassel, 432. – Prof. Dr. Thomas Vogtherr, Pattensen, 7, 393. – Dr. Jörg Voigt, Hannover, 511. – Dr. Lukas Weichert, Drochtersen, 410, 430. – Dr. Joëlle Weis, Trier, 440. – Dr. Anton Weise, Wunstorf, 475.